

# Dresdner Volkszeitung

Redaktion: Dresden  
Raben & Com., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Büro: Arnhold, Dresden  
und Sachs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Zug der Arbeit“ und „Volk und Seel“ für einen halben Monat 1 M.  
Einzelpreis 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schiffleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftzeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilleiste 30 Pf., die 90 mm breite Reformazelle 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Sammleranzügen, Stellen- und Mietgefechte 40 Proz. Rabatt. Für Briefmeilebergung 10 Pf.

Nr. 222

Dresden, Mittwoch den 23. September 1925

36. Jahrg.

## Signal zum Rückzug

Kabinettssitzung zur Parteifrage am Donnerstag — Deutschnationale Verlegenheitserklärung

Berlin, 23. September. (Eig. Auskunfts.) Amtlich wird gemeldet: „Im Laufe des Dienstags fand eine Reihe von Kabinettssitzungen zur Vorbereitung des heutigen Ministerkabinetts statt, die unter Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten abfanden. Der Kabinettssitz ist für Donnerstag in Aussicht gestellt. Am Freitag steht die Ministerpräsidenten der Länder zu einer Konferenz eingeladen. Der Außenwirtschafts-Ausschuss wird am Samstag um 10 Uhr zusammentreten.“

In der Reichskanzlei haben am Dienstag abend eingehende Verhandlungen zwischen den politischen Mitgliedern des Kabinetts stattgefunden. Ein endgültiges Ergebnis wurde dabei jedoch nicht erzielt.

Die für Dienstag abend angesetzte zweite Kabinettssitzung zur Fortsetzung des Sicherheitspaares und der Einladung zur Ministerkonferenz war ausgefallen, weil sich die Deutschnationalen auf ihrer Reichskonferenz bis in den späten Abend über ihre Haltung noch nicht schließlich geworden waren. Der deutschnationale Minister des Innern Schröder wohnte den Parteiverhandlungen bei. Er war für amtliche Zwecke „unabkömmlig“. Die Versprechen einer wichtigen außenpolitischen Frage des Reiches war also aus parteipolitischen Gründen vertragt worden.

Über die Sitzung des deutschnationalen Parteivorstandes und der Vorsitzenden der Landesverbände, die gestern stattfand und sich mit dem Sicherheitspaares beschäftigte, wird eine Erklärung veröffentlicht, die vollkommen schriftlos ist. Wie mitgeteilt wird, wurde eine Entschließung genommen, in der festgestellt ist, dass die Anwesenden den Vorschlägen des Parteivorsitzenden und des Ministers beide ihre Zustimmung gaben. Wie diese Politik einzelnen aussehen soll, darüber ist in der Erklärung nichts gesagt. Die Deutschnationalen haben offenbar allen Anlass, über die Vorgänge in der Vorstandssitzung der Partei zunächst nichts in der Öffentlichkeit verlauten, denn wenn nicht alles täuscht, befindet sich die Deutschnationale Partei mit steigenden Fahnen auf dem Rückzug. Was hat man noch vor kurzer Zeit für rote Töne angeschlagen. Man tat so, als ob man Herrn Stresemann mit seinem Sicherheitspaares mit Haft und Verbannung bedroht habe. Und noch vor wenigen Tagen hat man dagegen nicht verhindern können oder nicht verhindern wollen, dass in Dresden eine Resolution angenommen wurde, die ausnahm, als wenn man Herrn Stresemann von unten erdroschen wollte.

Aber jetzt ist man offenbar schon sehr zähm geworden. Die Deutsche Tageszeitung beschäftigt sich in einem langen Artikel mit der bevorstehenden Konferenz und wirft dabei die Frage auf, ob nur der Außenminister allein entscheiden darf. Auf der einen Seite trauen die Deutschnationalen Herrn Stresemann nicht an, auf der anderen Seite wäre es ihnen doch angenehm, wenn Herr Stresemann endlich ohne Begleitung zu der Konferenz fahren würde. Das ist offenbar der Meinung, dass wenn auch andere Minister, insbesondere der Reichskanzler, zur Konferenz läuten, die Konferenzbesprechungen schon zu einer zu starren Bindung Deutschlands führen würden.

„Es sollte nicht vergessen werden“, so schreibt die Deutsche Tageszeitung, „dass es im deutschen Interesse liegt, die Position Deutschlands gegenüber den Vertragsgegnern so fälschlich und widerständig wie nur möglich auszubauen.“

Worüber düstert sich die Deutschnationalen darüber klar, dass auch wenn Herr Stresemann allein an der Konferenz teilnimmt, an den Dingen nachträglich nicht mehr viel zu ändern sein wird, aber für die Deutschnationalen kommt es jetzt darauf an, Zeit zu gewinnen. Einmal, wie sie ihn jetzt vollziehen müssen, wird ja um so schneller, je plötzlicher er vollzogen werden muss. Zeit genommen, heißt hier viel gewonnen.

Die Deutsche Tageszeitung bemüht sich dann, in ihrem Artikel ihren Leuten klarzumachen, dass die Parteikonferenz unbedingt von Deutschland besucht werden müsse. Sie führt aus, dass die politische Lage Deutschlands nicht gebelebt würde, wenn man die Einstellung zur Außenministerkonferenz eine triftige Begründung ablehne, oder die Antwort mit ganz neuen Forderungen und Vorbehalten, die offenkundig über der deutlichen Note vom 20. Juli hinausgingen, befolgen würde. Die Verantwortung hierfür und für ein auf solche Art verurteiltes Scheitern der Parteiverhandlungen, liegt von der deutlichen Rechten nicht getragen werden. Es ist aber von der größten Bedeutung, dass die Vorwürfungen der deutlichen Note vom 20. Juli, die damals von einer großen Mehrheit des Reichstages gebilligt wurden, sei und damit für deutliche Unterhändler eine starke Rücksichtnahme bildete, die allen Organisationen der öffentlichen Meinung in Deutschland mit großem Respekt aufrecht erhalten und unterhalten werden. Das Blatt wendet sich dann gegen die einzelnen Zeitung, die die gemeinsame Front durch die neuen Verhandlungen idiosynkratische, eine Bemerkung, die offenbar auch an die Tatsache, der fälschliche Deutschnationale geäußert ist. Dann kommt noch eine Bemerkung, gegen die Pläne, die den Antheim erwacht, als braude man die soliden Vorbehalte nicht allzu ernst zu nehmen. Aber dieser Spur folgt nur den Zweck, bei den eigenen Leuten den Abstand aufzuhören, den dieser Rückzugskrieg auf sie aus-

gesetzt. Das Verhalten der Deutschnationalen bestätigt, was vorherin so wahrscheinlich war: dass die Deutschnationalen trotz allem Vorrang das Vortreppenamt ebenso mitnehmen werden, wie sie dem Davies-Gesetz zu Annahme verholfen haben. Einmal haben sie Angst davor, die Verantwortung für das Scheitern des Paktes und die daraus sich ergebenden Folgen zu tragen und außerdem sind doch Ministerstellen eine so schöne Sache. Für die von der Deutschnationalen Partei vertretenen Kreise, die früher die Herren Deutschlands waren, war es ja bitter genug, dass sie nach der Revolution so lange vom Regieren ausgeschlossen waren. Jetzt sind sie endlich an der Kette und da sollen sie die Regierung ausüben lassen, weil sie sich mit dem, was sie früher gesagt und geschrieben haben, jetzt in Widerspruch setzen müssen! So genau nehmen es die Deutschnationalen Herrschaften nicht. Sie reden mit dem schlechten Gedächtnis der Wähler. Wenn sie sich dabei nicht täuschen!

### Die besorgte Deutsche Zeitung

Berlin, 23. September. (Eig. Auskunft.) Die Deutsche Zeitung, das Organ des rechten Flügels der Deutschnationalen, sieht die Situation nicht erfreut zu haben. Das Blatt schreibt: „Die in der Entschließung gehäufteten Forderungen sind in der Entschließung gemacht, sagen wir: genügt die tatsächliche Zustellung wird die Zelle der Deutschnationalen Wählerschaft im Lande enttäuschen, die von der Tagung des Landesverbandes vorausgesetzte eine entschlossene Stellungnahme zu den gegenwärtig die Politik beherrschenden Fragen, also gegen den Sicherheitspaares und gegen die Sicherheitskonferenz, erwartet haben. Wenn man auch dem Grundsatz, von dem sich Graf Westarp als jüngerer Vorsitzender der Reichsdelegationsfraktion in Rücksichtnahme an die Politik der Großväterlichkeit vom 20. August 1924 leiten ließ, durchaus zustimmen muss und wird, doch nicht tönende Deutschnationale Entscheidungen notwendig sind, sondern die Erreichung der von den Deutschnationalen problematisierten Ziele, so erfüllt sich doch anderseits gerade aus dem verbündnisvollen 20. August die Erfahrung der Wähler, dass sich jene Vorgänge wiederholen könnten, und die Erwartung, beruhigt zu werden.“

Anscheinend, meint das Blatt weiter, ist man in deutschnationalen Kreisen bereit, die Zustimmung zu dem Gang nach Luzern zu geben, allerdings in der Hoffnung, dass es sich bei dieser Zusammenkunft nicht um die Parteikonferenz, sondern um eine Ministerversammlung zur Vorbereitung der eigentlichen Parteikonferenz handelt.

Der Gang nach Luzern — auch wenn sich die Hoffnung der Deutschnationalen erfüllt und die Unterscheidung richtig (unwesentlich) ist, das dort nur eine Ministerversammlung zur Vorbereitung der Parteikonferenz, nicht aber die Parteikonferenz selbst stattfindet — würde nach unserer Auffassung den ersten, und zwar im höchsten Maße entscheidungsvollen, vielleicht nie wieder gutzumachenden

Schritt des Abweichens von dem Wege bedeuten, den die Deutschnationalen Volkspartei bisher zu gehen entschlossen schien — und der allein „die zur Erreichung des Ziels führende Politik“ darstellt, welches hoffentlich das Ziel der Deutschnationalen heute noch genau so ist wie früher.

### Ein Verlegenheitsprodukt

Mit vielen Worten gar nichts

Zu der Entschließung der Deutschnationalen schreibt die Germania: „Die Verfasser dieser Erklärung verdienen einen Preis für die Aufgabe, mit vielen Worten gar nichts zu sagen. Nach der Lektüre dieser Erklärung ist man so schlau wie vorher. Sie ist ein Verlegenheitsprodukt, das einerseits die wilden Männer im Lande bestreiten und anderseits über der Teilnahme Deutschlands an der Sicherheitskonferenz kein Hindernis in den Weg legen soll. Trotz aller großen Worte werden sich die Deutschnationalen ohne Zweifel mit der bedingungslosen Annahme der Einladung einverstanden erklären.“

### Der Protestregen

Das Präsidium der sogenannten „Vereinigten Vaterländischen Verbände“ hat am Dienstag wieder einmal eine Entschließung veröffentlicht, die als ein Misstrauensvotum gegen die Reichsregierung und den Reichspräsidenten zu betrachten ist. In ihr heißt es u. a. in bezug auf die Verhandlung über den Sicherheitspaares:

„Wir wollen nicht Verräter werden an unsern ersten Brüdern und nicht Verräter an uns selber. Wir wollen nicht ein friviles Versailles.“

Lehrliche Entschließungen soll es täglich zu Dutzenden um das Haus des Reichspräsidenten regnen. Wir sind trocken überzeugt, dass unter seinem Vorsitz der „verhängnisvolle“ Beschluss zur Beteiligung an der Parteikonferenz gefällt wird. Wer aber ist dann der Verräter?

### Die Konferenz verschoben?

Die erste Folge der Deutschnationalen Treibereien

T. Genf, 22. September. (Eig. Drucks.) Im Börsenblatt verlautet, dass die Konferenz der Außenminister nicht am 5. Oktober stattfinden soll, wie ursprünglich vorgesehen war, sondern auf Ende Oktober verschoben wird. Man erklärt diese Verzögerung mit den innerpolitischen Schwierigkeiten Stresemanns, der seit gewinnen müsse, um die öffentliche Meinung vorzubereiten und sich mit den Deutschnationalen über das Konferenzprogramm zu verständigen. Von englischer Seite wird erklärt, dass die bisher lautgewordenen Mindestforderungen für die Ministerkonferenz als unannehmbar anzusehen wären. Wenn Stresemann diese deutschnationalen Bedingungen zur Grundlage seines Verhandlungsprogramms machen will, wäre die Konferenz von vornherein zum Scheitern verurteilt. Mit einer Verzögerung der Konferenz, wie sie von Schweizer Blättern bereits angekündigt wird, rechnet man jedoch nicht, da eine Sabotage der von Deutschland angeregten Verhandlungen die deutsche Regierung selbst vor aller Welt ins Unrecht setzt.

## Faschismus und katholische Kirche

Von unserem römischen Mitarbeiter

Rom, Mitte September 1925

Das Verhältnis des Faschismus zur katholischen Kirche ist in vieler Hinsicht interessant: wie stellten sie sich zueinander, die jüngste reaktionäre Bewegung, die noch keine Tradition hat, keinen Stil, keine Bildung und Lebensart, und die älteste konserne Organisation, die durch Jahrhunderte lange diplomatische Erfahrung alle Künste der Weltklugheit gelehrte hat, die größte Schniegansheit in der Wahl und Anwendung der Mittel vereint mit größter Unbegrenztheit in der Vertretung ihrer Zwecke?

Vom rein ästhetischen Standpunkt aus hat der Faschismus bei seinen ersten Werbeversuchen beim Papst ziemlich kläglich abgeschlagen: er umwirbt und bettelte, während der Papst würdevoll die Huldigungen entgegennahm, ohne sich etwas zu vergeben. Die Willigkeit des Papstes, bei jeder Gelegenheit die faschistischen Feiern durch eine feierliche Dekoration zu haben, wurde durch ein trostloses Verbot des Papstes lahmgelassen. Von Anfang an legte der Papst Wert darauf, nicht als Gleichgestalter mit dem Faschismus zu unterhandeln.

Die Würde, die der Unwürdige behauptete, fehlte ebenfalls dem Faschismus vollkommen. Mussolini führte Kardinalsposten, ja, er führte sogar den Jahn der heiligen Rose in Palermo, was dem bösen „Becco giallo“ tiefste Verachtung entgegennahm, ohne sich etwas zu vergeben. Die Willigkeit des Papstes, bei jeder Gelegenheit die faschistischen Feiern durch eine feierliche Dekoration zu haben, wurde durch ein trostloses Verbot des Papstes lahmgelassen. Von Anfang an legte der Papst Wert darauf, nicht als Gleichgestalter mit dem Faschismus zu unterhandeln.

Unterschreiter als der äußere Friedfanz ist aber das Wesen des Verhältnisses. Der Faschismus, der ursprünglich ganz irreligiös war, so sofort die Verantwortung der Kirche für seine Zwecke ein. Noch hatte sich seit es ein geehrtes Italien gab, keine italienische Regierung auf den Papst so unerbittlich und respektlos wie den Papst, bei den eigenen Leuten den Abstand aufzuhören, den dieser Rückzugskrieg auf sie aus-

gesetzt, die katholische Volkspartei. Durch Zugeständnisse an den Papst musste er diese Partei entweder gewinnen oder ihr das Wasser abgraben.

Offenbar ist ihm das eine wie das andre gelungen. Weil ihrer Stellungnahme zum Faschismus hat sich die katholische Volkspartei gespalten, oder, richtiger gesagt, ihr rechter Flügel ist abgesplittet, um sich in den Dienst des herrschenden Regimes zu stellen, während die große Masse sich unter dem Namen zu einer der bestgeheckten Oppositionsparteien zusammenschlöss. Durch Ministerstreit schluger Gefinnungslosigkeit hat dann der Faschismus eine Kluft zwischen Volkspartei und Papst abgegraben. Auf Befehl des Papstes hat diese Partei auf ihren geschicktesten Führer, Don Sturzo, verzichten müssen. Heute ist die scharf antifaschistische Haltung der Volkspartei ein Gegenstand politischer Missbilligung, ohne das sich aber der Papst bisher entschlossen hätte, sich offen auf die Seite der faschistischen Kleriken, der sog. „Blanckeneder“, zu stellen.

In dem päpstlichen Verlag Desclé u. Co. in Rom veröffentlicht jetzt ein Monologeum Faloci Bolognani eine Broschüre über Religion und Faschismus. „Kann man offenbar Katholik sein?“ fragt er sich — „und dem Werk Mussolinis zuzutreffen und huldigen?“ Natürlich bejaht er die Frage. Er muss das sehr laut und wuchtig tun, damit die möglichen Einwände von verbrannten Vereinslokalen der Katholiken, von mißhandelten Gläubigen, von ermordeten Priestern nicht gehört werden. Zur Verschärfung solcher Erinnerungen sagt er gleich einleidend: „Nehmt doch das Gute, wo es ist, von dem, der's euch gibt und nimmt euch nicht um das Übrige“. Weiter heißt es: „Die Katholiken müssen alle rechtsschaffnen und geleglichen Mittel gebrauchen, die zum Triumph ihrer Ideen dienen. Heute ist eines der vorzüglichsten Mittel, nämlich dem Gebet, dem Faschismus gegen die Angriffe dieser Feinde zu begegnen, die ihn niederrücken und die so unbewußt die schlechtesten Elemente der antireligiösen und antisozialen Politik des Kommunismus fördern.“

Um wie wissen, dass „nächst dem Gebet“ die Friedensfreiheit Christenpflicht ist, erfahren wir auch die Urteile.

Mussolini hat es als erster gewagt, öffentlich im Parlament den Beistand Gottes anzurufen; er begann eine systematische Bewegung gegen die Freimaurer, zur Verteidigung der Religion, der Kirche, des Heiligtums, des Sakralsinus, der Ehe als Sakriment, des Clerus, den er fast ganz des Militärdienstes entzog, der Mönche, der Nonnen usw. . . . Wer erinnert sich nicht des Ministerpräsidenten, auf den Anien, wie er in San Grolano betete?

Sehr christlich ist folgende Bemerkung (S. 16): „Zu höchsten Grade tödels- und verabscheuungswert sind die Verwüstungen unserer katholischen Vereine, welche Verwüstungen von allen genehmigt werden, weil sie in letzter Linie dem, der sie beging, mehr geschadet haben als denen, die sie erlitten. Aber hat man nicht beobachten können, daß fast immer parallel, gleichzeitig mit der Zerstörung unserer Vereine, viel schlimmere Zerstörungen der Freimaurerlogen erfolgten?“ Allerdings meint der Monseigneur das nicht als Trost, er findet nur, daß die Volkspartei durch ihr „Bündnis“ mit dem Freimaurerorden ihr Schicksal heraufbeschworen hat, aber die Genugtung darüber, daß die Zerstörung der Freimaurerlogen „viel schlimmer“ war, kann er doch nicht verhegen.

Man lese die nachstehende Verteidigung der Benfuer:  
Die Katholiken haben einen besonderen Grund, um die einschneidenden Maßnahmen Russlands zu billigen und zu loben. Er tut auf politischem Gebiet nichts anderes, als was die Kirche auf religiösem Gebiet tut. Der Zweck ist identisch: die Notwendigkeit, die eigene Lehre zu verteidigen; identisch ist das Mittel: die umstrittene Presse im Raum zu halten. Was ist die heilige Indexkongregation? Was der Index der verbotenen Bücher? Was hat Recht der Bischöfe, das Imprimatur zu erteilen oder zu verweigern? Beträgtet man die Sache von ihrer materiellen Seite, so ist es unverkenbar, daß diese kirchlichen Gesetze die Freiheit der Schriftsteller beeinträchtigen. Aber die Kirche muß die Reinheit der moralischen und ideologischen Lehre verteidigen, da sie die einzige Verantwortliche, die alleinige Schöpferin dieser Lehre ist. Seinerseits hat aber auch der Staat das Recht und die Pflicht, die Integrität seiner politischen Institutionen zu verteidigen; und wenn das Staatsoberhaupt überzeugt ist, daß die Nation nur mit seinen politischen Prinzipien gerettet werden kann, daß eine entgegenstehende Lehre sie in den Abgrund treiben würde, möchte er ein Wahnsinniger sein, wollte er, während er aufbaut, gleiche Freiheit lassen dem, der Gott hat, und dem der Götter aufstreut. Also ahnt Mussolini auf politischem Gebiet das Tun der Kirche auf theologischem nach. Jeder mag ungebunden seine eigenen Ansichten haben, aber er darf nicht ungebunden durch die Presse gefährliche Lehren verbreiten, wenn die für das öffentliche Wohl verantwortlichen Individuen plaudern, daß dies auf religiösem oder politischem Gebiet Schaden bringen kann. Wie würde man über eine Familie urteilen, in der die Nachzucht des Vaters von der Freiheit – das heißt: Bürokratiegleit – der Söhne ermordet wird?

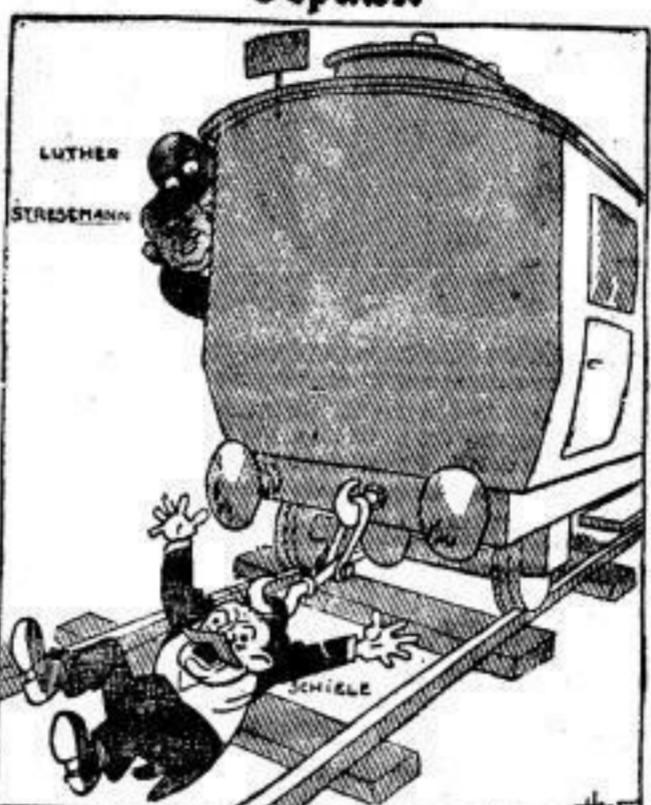
— der Söhne mißtretet oder in ihr Gegenteil verkehrt würde?"  
Wir erfuhren, daß „in Italien heute der Kampf zwischen  
Faschismus und Opposition zum großen Teil ein religiöser  
Kampf ist“. Zum Schluß die Liste dessen, was der Faschi-  
smus für die Kirche getan hat: Einführung des obligatorischen  
Religionunterrichts in den Schulen; Anbringung des Kreuzes  
in den Schulräumen; Ablehnung eines Gesetzes über die  
Ehescheidung; Erhöhung der Kongrua der Bischöfe,  
Pfarrer usw.; Bestrafung der Priester vom Militärdienst;  
Anerkennung der Kirchenfeste als bürgerliche  
Feiertage; Verbot der Propaganda der Freimaurer;  
Bewahrung größerer Freiheit in der Verwaltung des  
Kirchenvermögens. Und dessen, was er zu tun versprochen:  
Abuschaffung des königlichen Erequonius und des Blaet; Ver-  
leibung der Rechtsfähigkeit für die Klöster (Wiedereinführung  
der toten Hand!); geistliche Anerkennung der geistlichen  
Orden. „Ganz zu schweigen von vielen anderen Ver-  
diensten, von der Zurückgabe heiliger Bauten, Kirchen und  
Klöster, die stillschweigend, aber großzügig durchgeführt wurde,  
in Rom und überall.“

Wir sehen also, der Faschismus läßt es sich etwas kosten, daß er versprochen hat, die „tote Band“ wiederherzustellen, ist und neu, aber Mr. Balotz muß darüber besser informiert sein als wir. Während und zeitgemäß ist die Theorie der Zensur; der Faschismus hat die ewige Wahrheit und muß sie verteidigen. Daneben natürlich die Kinderstuhltheorie. Der alte Kant sagte, daß das „regimen paternale“ das schlimmste von allen sei! Und wegen all seiner Verdienste ist Mussolini zum Staatsoberhaupt avanciert; wir dachten, das wäre in einem monarchischen Staat der Könige.

Hinter den Kulissen dieses offiziellen Einvernehmen zwischen kirchlicher und faschistischer Regierung lebt und webt aber eine zweifache Dissidentenbewegung: die, deren Träger die färbolische Volkspartei ist, lehnt den Faschismus als Staatsdogma und in seinen ethischen Forderungen ab, während es innerhalb des Faschismus eine „Kernteupfe“ gibt, die mit allen Rücksichten auf die Kirche brechen will, um ganz ihren imperialistischen Weltvorstellungen zu leben.

Zonzeit es innerhalb der Kirche ein christliches Empfinden gibt, mußte es sich in einer Ablehnung des Faschismus äußern. Man gedachte des Hirtenbriefes, den der Erzbischof von Brixen, Kardinal Maffei, in diesem Frühjahr an seine Diözese richtete und der eine wichtige und ergreifende Anklage enthielt: „Wehe dem, gegen den das Blut seines Bruders aus der Erde schreit!“ Auch in der Polemik des Observatore Romano mit Garinacci finden wir eine unbedingte Ablehnung der Gewalt, die der Papst selbst in seiner Rede zu den Pilgern seines Heimatortes am 1. September als „flare und treue Auslegung“ seines Gedankens bezeichnet hat.

Interessanter ist jener „Überfalschönumus“, der alle Ziele der Regierungslösung überfliegt und glaubt, der Beihilfe der Wachsmittel der Kirche nicht zu bedürfen. Mit höchster Genehmigung — Vorrede des Sekretärs von Mussolini, der das Wohlgefallen des „Duce“ ausspricht — ist ein „Katechismus des Faschismus“ veröffentlicht worden, der faschistischen Jugendorganisation. In ihm heißt es unter vielem andern Bleidavertigen: „Ich glaube an den Genius Mussolinis, an den heiligen Vater Faschismus, die Gemeinschaft der Märtyrer, an die Befreiung der Italiener und an die Auferstehung des Kaiserreichs. Amen.“ In dem Katechismus werden auch die Landstriche aufgezählt, auf die Italien noch ein Recht haben soll: Sardinia und Rizzo, Malta, der Kanton Tessin und Teile von Graubünden und Dalmatien. Der volksparteiliche „Vololo“ ist beschlagnahmt worden, weil er den autorisierten Charakter der blödsinnigen Veröffentlichung bekanntgegeben hat. Während sich aber der Geist des Christentums gegen die Gewalt, der Imperialismus gegen die groÙe internationale Konkurrenzmodus, das Papsttum, wendet, verstecken die beiden reaktionären Bewegungen in ihrer konkreten Erscheinung als plutokratische Regierung und als Machtaktor Kirche einander in allen Besonderheiten: hat man doch im Geburtsort Mussolinis, in Predobrio, am 30. August den Grundstein einer Kirche gelegt, in dessen Anidrit der Ministerpräsident als „Beaminator der proletarischen Rebellion“ — als Wiederversteller der Religion der Römer — gesiezt wird. „Bezwinger der proletarischen Rebellion“ — das meint die Kirche zu schreiben. Und Mussolini weiß, wer ihm bei solchen Bezwringungskünsten zur Hand gehen kann.



Unter sicherer Garantie packt  
Dich der Zug der Zelt am Kragen,  
Und das Spiel vom Garantiepakt  
Schafft den beiden nur Behagen.  
Und du fühlst dich eingeschleift  
Möchtest fort noch vor dem Ziele —  
Doch der Hasen greift und schleift  
Immer weiter diesen Schleife.

Gepaet.

dass der dänische Vorschlag, dem ständigen Internationalen Schiedsgerichtshof eine Schlichtungskommission anzugliedern, abgelehnt wird. Der Schweizer Wunschantrag, dass möglichst viele Statuten die freiwillige Zustimmung zur obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit haben wollen, wird einstimmig gebilligt.

Die Unterkommission der 3. Kommission, für die Vereinfachung des Berichts erstaute, fand zur Billigung eines Antrags, der sich hauptsächlich mit dem von Spanien eingebrochenen Vertrag beschäftigte. Die Festsetzung eines Zeitpunktes, an dem die Sicherheit der Völker einen Grad erreicht hat, der die Unangriffnahme der vorgeesehenen Konferenz ermöglicht, konnte gestaltet, bleibt damit dem Völkerbundsrat überlassen. Zunächst geschieht also nichts für die Abreise. Ein zu Zustandekommen dieses Beschlusses hat hauptsächlich England gearbeitet. Auch die Einberufung einer Wirtschaftskonferenz ist auf englischen Wunsch in die Ferne getäuscht. In nächster Frist soll ein Komitee die erforderlichen Vorarbeiten einer Wirtschaftskonferenz vornehmen. Da im Völkerbund der Zwang zur Einstimmeigkeit herrscht, könnten natürlich keine anderen Regelungen Annahme finden, trotzdem sich dafür eine starke Mehrheit ergeben hätte.

Die Völkerbundtagung wird wahrscheinlich am Sonnabend beendet werden. Der Rat wird aber am Sonntag noch eine Sitzung abhalten. Es verlautet, daß in der Zusammensetzung des Rates diesmal noch keine Veränderung vorgenommen wird, um Neuerwerbungen und Eifersüchtelien zu vermeiden, die unter den ausgemischten Verhältnissen für den Völkerbund gefährlich wären.

A. Madrid, 22. September. (Sig. Drath.) Der Völkerbundrat wird voransichtlich seine Dezember-Sitzung in Madrid abhalten. Die spanische Regierung hat bereits in längerer Zeit eine dahingehende Einladung an den Rat gerichtet.

## Räumung Kölns Mitte November

SPD. Köln, 22. September. (Eigener Draht.) In  
Kölner Tageblatt berichtet am Dienstag unter der Ueberschriften „Räumung Kölns Mitte November“ u. a. folgendes:  
„Bei den Zusammentreffen der Außenminister Frankreichs, Englands und Belgien in Genf und anschließlich der jüngste Berichterstattung Briands in Paris spielte die Frage der Räumung der Kölner Zone bekanntlich eine Rolle. Es wurde beschlossen, sie bis spätestens Mitte November durchzuführen. Gleichzeitig wurde auch die damit zusammenhängende Verlegung des Sitzes der Rheinlandkommission von Koblenz nach Wiesbaden beschlossen. Nachdem die englische Absicht, die aufzugebende Besatzungszone Köln in der Besatzungszone Wiesbaden zu vertauschen, an den Widerstand Frankreichs gescheitert ist und die Engländer dafür den Bezirk Koblenz bezahlen werden, rüstet sich Wiesbaden bereits zur Aufnahme der um Personal und Amtlichkeiten etwas verminderter Rheinlandkommission.“

Der Soz. Presseienst bemerkt hierzu: Auf Grund seines aus Genf vorliegenden Informations ist die Räumung der Kölner Zone wenige Tage vor der Abreise Vandervelde von Genf nach Brüssel von den alliierten Außenministern besprochen, und grundsätzlich beschlossen worden, die Räumung der Kölner Zone im November vorzunehmen. Dieser Beschluss wurde in der Erwartung gefaßt, daß Deutschland bis dahin die alliierten Forderungen der legitimen Kontrollkommission erfüllt hat. Da das anzunehmen ist, dürfte mit einer Räumung in der Zeit vom 15. bis 25. November gerechnet werden.

Verden.  
Berlin, 22. September. Die Agence Havas behauptet, daß die  
alliierten Regierungen noch keinen endgültigen Besluß in der  
Räumungsfrage gefaßt hätten.

## Pariser Brief

Politik nach der Einberufung der Kammer — Ist das Linkskartell tot oder wird es wieder auferstehen?

Rammerabgeordneter Genosse Paul Haute schreibt und:

Diese Art, Schlüsse zu ziehen, ist ebenso lächerlich wie absurd. Es ist ja greifbar, daß die Sozialisten schon ihre Gründe hatten, wenn sie Bainbridge verliehen, und sie haben die seinerzeit nicht verborgen. Wie kann man sie denn dann noch ehrlich sein, für eine Rücksicht des Nationalblocks verantwortlich machen, woran ja übrigens fast kein Mensch glaubt. Und sollte dies geschehen, so würden die Sozialisten die ein Mann gegen die Reaktionstagierung stimmen. Wenn der Nationalblock trotzdem eine Mehrheit fände, so andert es bei ihnen, nämlich bei einem Teil der Linken des 11. Mai, bei den Leutchen, die man beim Namen kennt, deren Versteckte nicht gerade unbekannt sind, und deren Intrigen schon seit Wochen in den Gängen der Kammer, des Senats überfließt.

Wenn also die Polemiker der Linksezeitungen ehrlich wären, sie müßten diese Fraktion der bürgerlichen „Makulat“ und der sogenannten unabhängigen Sozialisten — die hauptsächlich vom Sozialismus unabhängig sind — diese allzuvielen sie anklagen, niederschmettern, an den Schandspießen hängen lassen. Aber es gilt ja, die Verantwortung anderen in die Farbe zu schieben, und kein Mensch täuscht sich darüber.

Bern die „Radikalen“ in schlechter Gesellschaft enden, so wird die öffentliche Meinung bei ihnen beschlagen. Und sie kann daran nicht fehlen lassen.

Die Wahrheit beginnt in die Köpfe der Volksmägen einzubringen. Es gibt eben in Frankreich politische Erziehung. Die gewagtesten und verbrechtesten Mändern möglichen Zeitspannen Erfolg haben, bald lehren Klarheit und hoffnungsvoller Verstand wieder ein.

Eine Partei, die sich selbst treu bleibt, ihrer Überzeugung, ihrem Ideal, wie heute die sozialistische, kann bei jeder Prüfung nicht verlieren. Gehörniest, gefürstet zu-

Im Gegenteil: die Lässigkeit eines Teiles der Linken kann nur die radikalen Bürgerlichen heruntersetzen. Die Linker werden sehr einfach sich die Sache so überlegen: hätten die Radikalen gewollt, so hätte die Politik des 11. Mai nicht stattgefunden. Doch im Augenblick der Entscheidung, als galt, an die Privilegien und die Reichtümer des Kapitalismus die Hand zu legen, da ist einer ihrer Flügel zurückgewichen, aus Schwäche oder Verrat. — Und der andere, die Verräter zu brandmarken, wollte sie nur bedenken, und fragte dabei die Sozialisten an, sie hätten die Flüchtigen nicht rückgeholten!

Einen Fehler zu begehen, das ist schon schlimm genug; einen Unschuldigen dafür verantwortlich zu machen, ist noch schlimmer.

Den Einbrechern, die fortlaufen und dabei „Wort un  
erstößt“ freien gelassen ihr Gewicht nicht immer



# REUTER TAGE

## Waschstoff-Reste

Reste u. Abschnitte in Hemdenbahnen, hellgrünlich, im Rest Meter M - .65
Reste u. Abschnitte in Blaudruck, getupft u. gemustert, im Rest Meter M 1,15 - .78
Reste u. Abschnitte in Bedourbahnen, gestr. u. gemust., im Rest Meter M 1,35 - .80
Reste u. Abschnitte in Perkal, hellgrünlich, farbig u. gestreift, im Rest Meter M - .85
Reste u. Abschnitte in Baumwollspanne, farbig gestreift, im Rest Meter M 1,25 - .95
Reste u. Abschnitte in Cretonne, bunfarbig, bedruckt, im Rest Meter M 1,25 - .98
Reste u. Abschnitte in Schurzenstoffen mittelfarb., versch. gestreift, im Rest Meter M 1,25 - 1,25
Reste u. Abschnitte in einförd. Satin, schöne glanzvolle Qualität, im Rest Meter M - 1,25
Reste u. Abschnitte in Satin, aperte Muster, für Schürzen usw., im Rest Meter M 1,25 - 1,45
Reste u. Abschnitte in Mottan, schöne flauschige Qualität, im Rest Meter M 1,25 - 1,55
Reste u. Abschnitte in Wollmusselin, getupft u. gemustert, im Rest Meter M 3,75 - 2,95 - 1,75
Reste u. Abschnitte in Foul-Satin, buntes u. mittelfarb., im Rest Meter M 2,95 - 2,75 - 2,45

## Wäschestoff-Reste

Reste u. Abschnitte in Handtuchstoffen, hell u. hellgrün, im Rest Meter M - .48
Reste u. Abschnitte in Rohneffel, schöne kräft. Qualität, im Rest Meter M - .55
Reste u. Abschnitte in Hemdentuch, 3. Ausbett geziert, im Rest Meter M - .58
Reste u. Abschnitte in Linon, eig. feinfäd. Qualität, f. Wäsche usw., im Rest Meter M - .85
Reste u. Abschnitte in weißem Röper, durchent., gute leibf. Qual., im Rest Meter M 1,15 - 1,15
Reste u. Abschnitte in Stangenleinen hochwertige süddeutsche Ware, im Rest Meter M 1,45
Reste u. Abschnitte in Rohneffel, schöne gleichmäßige Ware, f. Bettbezüge, im Rest Meter M 1,95
Reste u. Abschnitte in Rohneffel, gute hochwertige Ware, f. Bettbezüge, im Rest Meter M 2,25
Reste u. Abschnitte in Stangenleinen hochwertige süddeutsche Ware, im Rest Meter M 2,35
Reste u. Abschnitte in Towas, sehr vorzühl. kräftige Qualität, im Rest Meter M 2,60

Stickerei auf gutem Stoff, in verschied. kleinen Mustern, Stück 4,50 Meter - .42
Stickerei, gleiche Muster, für Kinderwäsche geeignet, Stück 4,50 Meter - .55
Stickerei, Ein- und Aukas. 4-5 cm breit, in sortiert. schönen Mustern, Stück 4,50 Meter - .80
Stickerei, Mabopalam, in vielen Mustern, gute Ausführ., 4-5 cm breit, Stück 4,50 Meter - 1,15
Stickerei auf britischem Wäschestoff, beliebtes Sternmuster, Stück 4,10 Meter - .145
Stickerei, Ein- u. Aukas. passend für Wagen, Kissen u. Decken, 5-6 cm breit, Stück 4,50 Meter - 1,85
Stickerei auf sehr fein. Stoff, Ein- u. Aukas. ausdrucksst. Muster, 4-7 cm breit, Stück 4,50 Meter - 2,10
Stickerei, beliebt, Gittermuster, Ein- u. Aukas. gleichmäßig, 4-6 cm breit, Stück 4,50 Meter - 2,30
Stickerei auf feinem dichten Stoff, 7 cm breit, gute Verarbeitung, Stück 4,50 Meter - 4,10

Serie I: Stickerei-Reste, vorner Bogen, laubere Ausführung, sehr preiswert..... im Rest Meter M - .03

## Seidenstoff-Reste

<b>Serie A:</b> Seiden-Reste, einfarbig und gemustert, in Crêpe de Chine, Soie, Marocain u. gemust. Marocain, Wachsleiste und Foulard, für Blumen u. Bekleid., 1 bis zu 2 Meter, Rest M 1.-
<b>Serie B:</b> Seiden-Reste, einfarbig und bedruckt, in Crêpe de Chine, Marocain, Japan, Soie, Wachsleiste, für Blumen u. Bekleid., 0,40 bis zu 1,40 Meter, Rest M 2,50
<b>Serie C:</b> Seiden-Reste in Crêpe de Chine, Soie, Japan, Wachsleiste und Foulard, für Blumen u. Bekleid., 0,50 bis zu 1,50 Meter, Rest M 4,50

Seidenband-Reste für Blumenleisten, glatt und gemustert..... Rest M - .10
Seidenband-Reste für Wäschebuschau und Uchelbänder, in zarten Farben, Rest M - .20

### Serie I

Kleine Reste, bis 25 cm, teilweise mit kleinen Fehlern, in Wachsmuffeln, Perkal, Möbelcretonne, Wachsleiste, Bettkattun, Blaudruck, jedes Rest M - .10
--

### Serie II

Kleine Reste, teilweise mit kleinen Fehlern, in Möbelkrepp, Wachsmuffeln, Perkal, Möbelcretonne, Bettkattun, jedes Rest M - .25
---

### Serie III

Kleine Reste, teilweise mit kleinen Fehlern, in Schürzencretonne, bedr. Satin, Bettkattun, Wachsmuffeln usw., für Kissenplatt. u. Garnituren, jedes Rest M - .35
--

### Serie IV

Kleine Reste, teilweise mit kleinen Fehlern, in bedr. Satin, Wachsmuffeln, Möbelkrepp, Wachsmuffeln usw., für Kissenplatt. u. Garnituren, jedes Rest M - .45
--

### Serie V

- .65
-------

### Serie VI

Kleine Reste, teilweise mit kleinen Fehlern, in Bettkattun, Wachsmuffeln, Schürzenlatte, Wachsmuffeln, Bettkattun, jedes Rest M - .85
---

### Serie VII

Kleine Reste, ca. 70 cm breit und 25 bis 35 cm groß, in Röperamt, in verschleierten Farben vorzüg..... jedes Rest M - .95
---

### Serie VIII

Kleine Reste, ca. 90 cm breit und 25 cm groß, in Röperamt, in schwarz, braun, marine, beige usw., besonders preiswert..... jedes Rest M 1,25
--

## Grosser Stickerei Verkauf

Rockstickerei auf britischem Stoff, sehr laubig gestickt, 15-17 cm breit, Stück 4,50 Meter 3,-
Rockstickerei auf pa. Stoff, entzück. Muster, verschiedene Art., 20 cm breit, Stück 4,50 Meter 3,90
Rockstickerei auf gutem Stoff, entzück. Muster, 23 cm breit, Stück 4,50 Meter, M 4,35
Rockstickerei, sehr ausdrucksst. Muster, auch für Untertassen, 25 cm breit, Stück 4,50 Meter, 5,-
Rockstickerei, 25 cm breit, teils mit Stoffchenverzierung u. Einfas., Stück 4,50 Meter, 5,50
Rockstickerei, Mabopalam, aperte, reichf. fortisierte Muster, 25 cm breit, Stück 4,50 Meter, 5,70
Rockstickerei auf pa. Wäschestoff, sehr reich gestickt, 25 cm breit..... Stück 4,50 Meter, 5,95
Rockstickerei, 30 cm breit, keine bichte Quil., für Kinderkleider, Stück 4,50 Meter, 6,90
Rockstickerei auf best. Mabopalam, reich. Ausführung, 30 cm breit, Stück 4,50 Meter, 7,85

Serie I: Stickerei-Reste, vorner Bogen, laubere Ausführung, sehr preiswert..... im Rest Meter M - .03

Serie II: Stickerei auf gutem Stoff, sehr laubig gestickt, 6 cm breit..... im Rest Meter M - .18

Serie III: Rockstickerei, reich gestickt auf britischem Stoff, 15 bis 17 cm breit..... im Rest Meter M - .65

## Wollstoff-Reste

Reste u. Abschnitte in Hausskleidern, ca. 100 cm breit, im Rest Meter M - .85
Reste u. Abschnitte in Blusenstoff, Baumwollblusen, rdm. Streifen, im Rest Meter M - .95
Reste u. Abschnitte in Schotten, für Blumen und Kinderkleider, im Rest Meter M 1,25
Reste u. Abschnitte in Stoffen, mittelfarbig, Tropeline, Bindung, im Rest Meter M 1,45
Reste u. Abschnitte in gestreift. Wollstoffen, doppelseit., aperte Fächer, im Rest Meter M 1,45
Reste u. Abschnitte in Thiovit (reine Wolle), ca. 85 cm breit, im Rest Meter M 1,85
Reste u. Abschnitte in Schotten, aperte Streifen, farbenfrohe Farben, im Rest Meter M 2,35
Reste u. Abschnitte in Popeline, reine Wolle, ca. 130 cm breit, im Rest Meter M 2,45
Reste u. Abschnitte in gestreift. Chivot, ca. 105 cm breit, im Rest Meter M 2,75
Reste u. Abschnitte in Donegal, ca. 130 cm breit, grau, beige, Flocke, im Rest Meter M 2,75
Reste u. Abschnitte in Sabardine, reine Wolle, ca. 130 cm breit, im Rest Meter M 4,50
Reste u. Abschnitte in Velours de Laine, ca. 130 cm breit, im Rest Meter M 6,00

## Gardinen-Reste

Nessel-Reste, creme Grün, mit farbigen Zetteln, 80 cm breit, im Rest Meter M - .65
Ettamin-Reste, lartiert, kräf. Ware, 150 cm breit..... im Rest Meter M - .90
Mull-Reste, weiß, getupft, dicke Ware, 125 cm breit..... im Rest Meter M 1,50
Gardinenstoff-Reste, geschmackvolle Musterung, verschied. Preise, Doppelzähnung, verschiedene Farben, jedes Rest Meter M 1,90
Gardinenstoff-Reste, Echtfutter u. Ettamine, ca. 50-65 cm breit, in Einzel, im Rest Meter M 1,50

## Möbelstoff-Reste

Möbelcretonne-Reste, wollefarbige Muster, 80 cm breit..... im Rest
--

## „Es gärt“

Zur Tagung des Sächsischen Gemeindebeamtenbundes

Der Sächsische Gemeindebeamtenbund hielt am Freitag den 18. bis Montag den 21. September in Freiberg eine 33. Jahreshauptversammlung ab, die von etwa 2000 Personen besucht wurde, die aus allen Gegenden des Sachsenlandes zusammengekommen waren. Am Freitag nachmittag und am Samstag vormittag fand im Freiberger Turnhofsitzspieltheater die Reihe Filmvorführungen statt, von denen der vom Polizeipräsidium in Dresden geschaffene „Verkehrofilm“ am meisten interessierte. — Am Sonnabend nachmittag fanden in 17 verschiedenen Lokalen der Stadt die Sonderausstellungen der Hochgruppen, Wohlfahrtsfestschen, der Frauen und sonstigen Ausstellung statt, die sich teilweise bis in die späten Abendstunden hinzogen erstreckten und in denen Dinge sachlicher und organisatorischer Art behandelt wurden.

Die offizielle Bündeshauptversammlung wurde am Sonntag morgen im prächtigsten Saal des Brandenburger Hauses abgehalten und begann bereits 9 Uhr vormittags. In der Debatte zum Gesetzestexte, den der Bundesdirektor einstimmig zum Gemeindebeamtenbund gab, fielen die bezeichneten Worte: „Es gärt.“ Die Versammlung selbst in ihrer teilweisen Anteilnahme war Bezeugnis dieser Wörter und Aktion. Denn die hier gehörte Sprache, bei hier wachender Sehnsucht nach der Beamtenhaft nicht üblich. Wenn die Freiberger Beamten und auffreudenden „Närrischen“ eine kleine Abmahnung an dem Geiste ihrer Konferenzgruppe gehabt hätten, sie hätten ihre unverzerrten Rahmen für andere Gelegenheiten als zur Bezugnahme des Textes und Stellung Neingenden aufgehoben oder in Sonntag nachmittag beschworener herangeholt. In der Versammlung wurde nämlich auch darüber Klage geführt, daß das Versammlungsrecht der Sitzungssaal nicht die Reichsabende zeigten, und als erwidert wurde, daß die im Hause der Landwirtschaft dies nicht dulde, wurde davon mit hämischen und Pfiffigen Anmerkungen genommen. Mit Befriedigung waren wie festgestellt: Wohlhabende Beamtenhaft ist eine neue Freiheit ausgelöster Wohlhaber. Sichtlich persönlich mag manchem Erinnerung der Stadt- und Staatsregierung und aus dem Sächsischen Landtage diese Feststellung gewesen sein; es wurde recht rassisches Lachen dieser Tische für Ehrengäste. Und so war mancher Wunsch nicht an die Adresse getragen werden können, da er bestimmt war.

Soch zur Sache selbst. „Es war für einen Sozialdemokraten kaum nichts Neues, was Bundesdirektor Schubert sachlich und ehrlich vortrug; sozialdemokratische Zeitungen sind voll von seinem Material; aber beweiswert für und ist es ohne Widerspruch sogar oft von spontaner Zustimmung unter ihnen, seine Rede von jung und alt angehört wurde. Die Arbeit des Vorstandes habe leider nicht den gewünschten Erfolg. Das erste 10 noch 22 Prozent unter dem Freiburger. Die Preise senken sich aber bei Fleisch und vielen Bedarfsgütern weit über Landesdurchschnitt. Der Metzger gleicht sich ihr an. Berufsfreunde sind dem englischen Litzen untagbar unter diesen Arbeitsblättern. Der Kampf zwischen Produzenten und Absatzmännern auf allen Gebieten werde immer schärfster. „Das Leben steht nicht.“ Die deutsche Beamtenchaft fühlt sich belogen und betrogen; aller Glaube und alte Freude gingen verloren. Wir klagen an die deutsche Regierung und alle Parteien, die diese Regierung schützen. Sie deforzen die Geschäftsführer der Erzeuger. Wo bleibt die Sorge um Errichtung von Artikel 101 der Reichsverfassung? 700 Millionen Mark für Industrie seien dagekommen. Die Beamtenhaft belaste man mit übler Röll- und Steuerpolitik. Der Wille zur Ausbildung (Gesichter!) sei nicht neu, in 10 Tagen würden wir es erreichen, die Regierung sei zu schwach dazu. Eingeleitete Aktionen seien von der sächsischen Staatsregierung mit dem Zweck abgelehnt worden, daß das Reich die Grundgesetze erhöhen möge. Daran sei ja auch zu hoffen, schon werde in einer Abstimmung im Rechte an der neuen Staffel gearbeitet; „in zwei Jahren ist man fertig mit ihr zu sein.“ Es sei keine Hoffnung, bei der neuen Reichsregierung, daß das Beamtenperekret am 1. April 1926 aufgehoben werde.

All energischen Worten wendet sich Schubert sodann gegen die Beamten, die ihren Ausgang von der rheinisch-sächsischen Schwierigkeit und einer daraus entstandenen Deutlichkeit des Reichsfinanzministers nimmt. Mit der Feststellung: „Es ist politische Nachfrage, die heute zur Diskussion stehen, unter Vorwurf nicht jämmer, betrügt euch politisch.“ schließt erwartet manchen Verfall des Bundesdirektors.

Die rege Ausprache kam nicht wesentlich über dieses Referat hinaus. Erfreulich war die Förderung Bauers, Leipzig, der gegen die Verteilung der Beamtenhaft sprach und Anschluß an die freiesozialistische Arbeiterchaft will. Besoldungspolitik sei nicht Abschmied; die Aufklärung müsse härter eingeschlagen; der verdeckte Streit der Arbeiterchaft ist ein verlorener Kampf der Beamtenhaft. Die äußerst wichtige Angelegenheit des Beamtenhauses wurde außfällig sozialistisch behandelt. Und doch war es wichtig gewesen. Der Kampf ums Notwendigste beherrschte.

Die Bündeshauptverschläge des Bundesgesamtvorstandes, die der

Empörung der sächsischen Gemeindebeamtenchaft Ausdruck geben und Anerkennung fordern, werden einstimmig angenommen.

Der Wille zur Weiterbildung kam zum Ausdruck in der äußerst reichhaltigen Ausstellung im Kaufhausaal, in Bildervorträgen und in dem Vortrag Dr. Heymanns, Chemnitz, über: „Praktische Wohnungspolitik.“

Wenn auch die Ausstellung zunächst dem Beamten — zitieren, Kartierung usw. — zugute kommt, so dürfte doch auch der Verteilungsweg wichtig sein. Warum soll er nicht wissen, wie die Teuerungskurven über das Gehalt fließen und wie die Beamten, die eine Stadt von über 900 000 Einwohnern darstellen, an solchen Missständen durch schlechte Wahlrechte mitfaulen sind. Aber wir wollen nicht darauf zurückgreifen, die Kurven illustrieren nur den Geschäftsbereich. Es wird aber aus das Leben der Gemeinden berührbarkeit. Danach wird hier erwähnt werden, was besonders Chemnitz, Löbau, Freital, aber auch andere, ausgetilgt haben. Löbau und Freital zeigten ihre Heimbaubewegung, über dies hinaus wartet Löbau mit einer Durchführung der kostlosen Wohnbaustiftung auf, die noch nicht erfolgt ist, und Freital zeigt die Durchführung städtischer Bahnpflege. Dresden hat Wohnung geschaffen, z. B. für ein Studentenheim. Nebenall zeigt sich die reale Bevölkerung gemeldeter Lebens- und Fortbildung seiner Beamten.

Dr. Heymann sprach zunächst über Hemmungen der Wohnungspolitik. Es gibt nur ein Mittel zur Bekämpfung der Not, und dies sei Neubau von Wohnungen. Aufgenommene Schulden für Erhaltung von Altwohnungen müssen durch Raten getilgt werden können. Der Neubau sei über eine Bionatur. Die Wohnbausteuer sei auf mindestens 40 Prozent zu erhöhen, allerdings nicht durch Miet erhöhung. Die städtischen Finanzverwaltungen mühten allerdings mit Herz und Seele dieser Notlage nachzuhelfen, wie es in hervorragender Weise Wien getan habe. Die Wohnungen mühten weiterhin auch jahresgemäß vergeben werden. Abgabe von Altwohnungen, Dringlichkeit! Wichtig sei auch die Unternehmungfrage: Soll die Stadt Unternehmer sein oder nur Kreditgeber? Beide haben etwas für sich. Von den vom Referenten angeführten Argumenten sprechen die stärksten östlichen von. Die Ausführungen gipfeln in drei Vorschlagsplänen zur geplanten Durchführung des Artikels 135 der Reichsverfassung fort...

Wir haben für diesen Bericht die Ausführlichkeit gewählt, um zu zeigen, wie die Arbeit der Gemeindebeamtenhaft weit über das hinausgeht, was sie zunächst drückt. Eben darum haben wir Interesse an ihrer Arbeit. Allerdings muß immer wieder betont werden, daß gerade die Spartenvertretung des Sächsischen Gemeindebeamtenbundes, der Deutsche Beamtenbund, längst nicht in dem Maße die berechtigten Forderungen der Beamten vertrete, wie das unbedingt notwendig ist. Das hat sich, wie wir wiederholt feststellen konnten, immer wieder gezeigt. So lange die sächsischen Gemeindebeamten nicht in ihrer Weisheit erkennen, daß die Grundlage ihrer Organisation nur die freigewerkschaftliche, also der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, sein kann, solange werden sie vergeblich um Sicherstellung ihrer Lebenslage ringen. Diese Erkenntnis in ihren Reihen weiterzutragen, ist erste Pflicht aller Gemeindebeamten. Mit Recht hat der Referent Schubert auf politischen Betätigung aufgefordert. Auch hier liegt gerade bei den Beamten etwas im organ. Der untere und mittlere Beamte leidet unter der Not der wirtschaftlichen Verhältnisse in gleichem Maße wie der Arbeiter. Will er Kraft machen mit seiner Feststellung von noch der bestehenden Klasse, dann bleibt ihm auch politisch nur ein Weg: Förderung der sozialistischen Ideen und Betätigung in diesem Sinne.

## Sachsen

### Rettet die Staatschule!

Rundgebung des Sächsischen Lehrervereins

In feiner leichter Vorstandssitzung nahm der Sächsische Lehrerverein einstimmig eine Entschließung an, in der in Übereinstimmung mit der gesamten Lehrerschaft der Sächsischen Lehrerverein Einspruch erhebt gegen den Entwurf zum Reichsberufungsgesetz:

Mit dem Deutschen Lehrerverein stellt der Sächsische Lehrerverein fest: Dieser Entwurf ist ein Bruch der Reichsverfassung.

Die Verfassung verlangt den einheitlichen Aufbau des gemeinsamen Schulwesens und macht die für alle Befreiung gemeinsame Schule zur Regelshule; Befreiung und Waisenabzugschulen läßt sie nur als Ausnahmen zu. Der Entwurf legt sich darüber ganz hinweg und macht die Befreiungsschule zur Normalform.

Die Verfassung verlangt bei Einrichtung von Sonderschulen ausdrücklich die Sicherung und Wahrung eines geordneten Schulbetriebes. Der Entwurf schreibt diese Sicherung völlig beiseite und gibt dafür eine Begründung, die als Hobus auf den Willen der deutschen Nationalversammlung empfunden werden muß. Es handelt nicht auf, sondern leitet in Vändern und Gemeinden die Verschleierung der entzweiteten Schule ein.

Dieser Entwurf hebt die Staatschule auf und untergräßt den Staatsgedanken.

Die Volksküche wird den Armen ausgeliefert. Sie bestimmen den Geist der gesamten Erziehung und Univeritätsarbeit; Lehrplan und Lehrstoff, sowie die Auswahl der Lehre und Lernmittel sind ihrem Einfluß unterworfen. Das in der Verfassung aufgestellte Erziehungsziel des Staates: städtische Bildung, Staatsbürgerschaft, Erziehung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Weltums und der Volksverbindung zu erstreben, wird aufgegeben. Dafür wird der Schule die Aufgabe gestellt, für die Befreiungsschule zu erziehen und damit preisgegeben, was das deutsche Volk nötiger als je gebraucht: lebendige Gemeinsinn seiner Bürger, die sie als eng verbundene Mitglieder der Volkgemeinschaft führen und über die engen und trennenden Schranken der Konfessionen hinaussehen auf die großen Güter und Werke des Gemeinschaftslebens. Dieser Entwurf macht den Lehrer verschroak.

Die durch die Verfassung allen Deutschen verbürgte Gewissenfreiheit wird für den Lehrer aufgehoben. Kirchen und Weltanschauungsvereinigungen überwachen seine amtliche Tätigkeit jenseits seiner gesetzlichen Lebensführung. Der Staat ist verpflichtet, auf jeden Einprägung des Lehrers aus dem Amt zu entfernen. Gewissensbisse, Angst und Gewissensbisse sind die unabdinglichen Folgen. Dieser Entwurf zerstört die Grundlage der Schulgeschichte in Sachsen. Die im Sinne des Artikels 136, 1 der Reichsverfassung errichtete, in organischer Ausgestaltung befindliche allgemeine Volksküche wird aufgelöst. Ihre Ersiedlung wird herabgedrückt, nicht lebensfähige Pauschalschulen, sogar einflossige Schulen, die Sachsen nicht kennt, müssen entstehen. Vertreter der Religiösen Gemeinschaften tragen das Trennende in die Verwaltung und hören die sozialen Verhältnisse. Die Arbeit der Selbstverwaltungskörper wird gelähmt oder unmöglich gemacht.

Der Entwurf bedeutet eine schwere Verhärtung an Jugend, Volk und Staat. Wer sich lebendig verbunden fühlt mit dem Schicksal seines Volkes, muß mitwirken, daß dieser Entwurf nicht gesetzt wird.

## Leipzig zum Sachsenentscheid

Leipzig, 23. September. Da gestern abend im großen Saale des Volkshauses stattgefunden die Mitgliederversammlung von Groß-Leipzig, die sich mit den Ergebnissen des Heidelberg-Vorlasses beschäftigte, war außerordentlich stark besucht. Nach den Referaten des Generals Grete, insgesamt vier Bericht über die Versammlungen des Parteitags, Liebmanns Bericht über die Sachsenfrage und der General Schilling Bericht über die Atomkonferenz wurde nach einer lebhaften Diskussion folgende Abstimmung gegen sechs Stimmen angenommen: Die Mitgliederversammlung Groß-Leipzig erhebt den schwärmenden Protest gegen die vom Heidelberg-Vorlage getroffene Entscheidung im Sachsenkonflikt. Sie kündigt die Räumung der Leipziger Delegierten auf dem Vorleittag. In der Überzeugung, daß die Politik der Dreimühlengasse durch die geschilderte Entwicklung verzerrt worden ist, fordert die Mitgliederversammlung die Parteiemitglieder auf, im Sinne der bisherigen Taktik der sächsischen Partei ihre Pflicht vollauf zu erfüllen.

## Republikanische Kundgebung in Pegau

Am Sonnabend fand in Pegau eine glänzend verlaufene Kundgebung alter Republikaner statt. Es war eine Regenbogenkundgebung gegen die am Sonntag vorher von den Bewohnerleuten und völkischen Vereinen verübten Anlässe des „Deutschen Tages“. Zu dieser Kundgebung waren viele Heimatkameraden aus Leipzig, Zeitz und anderen Bezirkstädten erschienen. Nach Umzügen durch die Stadt sprach im überfüllten Vorlesesaal Dr. Riemann aus Leipzig. Die letzten Veranstaltungen der Vermögensleute in Grimma und Pegau und die heutige Herausforderung veranlaßten den Referenten, an den letzten völkischen Anlässen starke Kritik zu üben. In der Aussprache schürten mehrere Besucher die Schandlaten, die die Vermögensleute in Pegau verübt hatten. In einer Entscheidung wurde der Entschluß über die Vorgänge am 18. September Ausspruch gegeben und unanfechtbare gerichtliche Verfolgung der Schulden verlangt.

Eine sächsische Landeswohlfahrtstage findet vom 27. bis 30. September in Blaustein i. B. im Konzerthaus Centralhalle, Stolzburger Straße 38 statt. Zur Teilnahme werden alle Körperschaften der öffentlichen und privaten Wohlfahrtseinrichtungen sowie die in der Wohlfahrtspflege amlich und ehrenamtlich tätigen Heiler und Heilfertigen eingeladen. Insbesondere erwünscht ist die Teilnahme an den letzten völkischen Anlässen starke Kritik zu üben. In der Aussprache schürten mehrere Besucher die Schandlaten, die die Vermögensleute in Pegau verübt hatten. In einer Entscheidung wurde der Entschluß über die Vorgänge am 18. September Ausspruch gegeben und unanfechtbare gerichtliche Verfolgung der Schulden verlangt.

Eine sächsische Landeswohlfahrtstage findet vom 27. bis 30. September in Blaustein i. B. im Konzerthaus Centralhalle, Stolzburger Straße 38 statt. Zur Teilnahme werden alle Körperschaften der öffentlichen und privaten Wohlfahrtseinrichtungen sowie die in der Wohlfahrtspflege amlich und ehrenamtlich tätigen Heiler und Heilfertigen eingeladen. Insbesondere erwünscht ist die Teilnahme an den letzten völkischen Anlässen starke Kritik zu üben. In der Aussprache schürten mehrere Besucher die Schandlaten, die die Vermögensleute in Pegau verübt hatten. In einer Entscheidung wurde der Entschluß über die Vorgänge am 18. September Ausspruch gegeben und unanfechtbare gerichtliche Verfolgung der Schulden verlangt.

Ein Bezirksvorstand vor dem Naturus. Vor dem Annaberger Bezirkstage gab namens der Amtshauptmannschaft der Regierungsrat Dr. Uhlig eine amliche Erklärung ab, in der er wörtlich zum Ausdruck brachte, daß der Bezirksvorstand vor dem Konkurs stände, wenn nicht umfangreiche Hilfsmaßnahmen einzuleiten würden, um nicht umfangreiche Hilfsmaßnahmen einzuleiten würden. Da die Mehrzahl der Gemeinden nicht mehr in der Lage ist, die ihnen zufallenden Steuern ordnungsgemäß einzuzahlen, beschloß der Bezirkstag, eine Abordnung in das Ministerium des Innern zu entsenden, um dort die große Finanznot des gesamten oberen Erzgebirges, die durch das schlechte Erntergebnis noch ganz besonders geheizt wird, vorzutragen.

Nach der alten Hanne Altmann hat Peizer Quibach, welcher auch den Edlen von Haukenbleib in seiner Jugend kannte, in dem Siechenhaus von Grobebeck gewohnt. Der ist neulich ebenfalls gestorben, er hat es in dem Siechenhaus nicht so lange ausgeschlagen als Hanne Altmann; wir aber haben nicht den Tod mehr; die Geschichtsregister der traurigen Hütte weiterzuführen; wir befinden uns mittler in der traurigen Stadt Berlin, wo das quädelige Fräulein, wo Antonie Häusler auf ihrem Sessel in ihren Kissen sitzt und die Belämmern und Freunde ihres Großvaters lächelnd zu empfangen und heiter zu unterhalten hat, und wo sie auch von Zeit zu Zeit mit Herzklöpfen den Besuch des Junkers Hennig von Lauten erwarten.

Psalmgänger hatte Tonie dem Edlen in Verona zwischen seinen Weihläden, Hößern voll eingepackten Fleisches und Büchern voll korporierter Gemüse Nachricht von der Ankunft des jungen Landmannes in Wien gegeben, und der Edle hatte fast umgehend geantwortet. Er hatte sogar sehr ausführlich geantwortet, ganz gegen seine Gewohnheit! Denn für gewöhnlich liebte er es, daß jenes frischen und bündigen Stils zu bedienen, der in der Korrespondenz des ersten Napoleon vielleicht seinen vollen Ausdruck fand. Auf dem Walpurgis-Schlachtfelde konnte man seine Meinung kaum sonderlich distieren, als sie der Edle von Haukenbleib sonst aus seinen Kasematten in der berühmten Stadt des Fürsten Estaus zu wissen tat; aber diesmal — in Familie — wußte er seine schmückige Wäsche wie das allgemeinbekannteste alte Weib und sättigte darüber Bogen mit seinen Gefühlen, Wünschen, Hoffnungen und Besichtigungen.

Zu Anfang seines Briefes freute er sich vor allem ungemein, daß das Besindern seines lieben Kindes in Wien nicht weniger zu volkischen übrig lasse, und dankte herzlich für alle lieben Nachrichten aus der Vomringruen. Die Ankunft des jungen Herrn von Lauten in der Kaiserstadt gerichtete ihm zur unendlichen Freude und Freude, und er glaubte kaum fähig zu sein, schriftlich seine volle Genehmigung darüber ausdrücken zu können. Das war freilich eine Nachricht, welche das Herz höher schlagen machte; denn was aus Grobebeck kam oder nur an Grobebeck erinnerte, war wie eine „Piece auf dem Alphorn für einen Schweizerfussirten“ in der ungemeinlichen Fremde — nämlich unter den Fleischstäppen von Verona.

(Fortsetzung folgt.)

## Der Schüdderumpf

Roman von Wilhelm Roabe

Son den Damen, gegen welche hennig sich gleichfalls in der verschiedensten Weise verächtlich fühlte, wollen wir noch weniger reden. Sie rühmten sich alle ihrer guten Seiten; aber auch meistens des Gegenteils derselben. Von älteren Lebensaltern und Lebensstellungen, waren sie fast alle mit einem Stich mehr oder weniger unhöflicher Lebenshaltung behaftet, und ihre Vergangenheit war selten danach gegangen, daß sie einer schönen Verträglichkeit in der Gegenwart Abbruch getan hätte. Aller Zukunftsgedanken entzogen sie sich gern und eilig, und das war sehr verständig, denn am Zukunft ist am Ende seines Menschen Freund und Feind, wenn die Freundin der schönen Damen, und das bloß in Wien, sondern auch in Ahala und rund um den Schlosshof herum.

Wortüber könnten wir noch schweigen? Natürlich über hohe und niedrige Finanz, die selbstverständlich eine herabsteigende Stellung in dem abenteuerlichen Kreise des sogenannten verschwundenen Verhältnissen bietet uns eine treffliche Gelegenheit, unser Manuskript abzufürzen; und gerade das müssen wir vor allen Dingen den Finger auf den Mund stellen, denn der Edle Dietrich Häufner von Haukenbleib, selbst sein Leben so unflätig abgebrückt hatte, galt diesen Künstlern als ein großer Mäzen, und sein Name steht den besten Klängen auf ihren Zungen.

Ach, wir schweigen wohl; aber die Herrschäften sprachen den alte lant für sich selber; und sie imporlierten dem Junger von Lauten; was auch das Kind aus dem Siechenhaus zu empfehlen und er selbst dagegen einwenden mochten! Das war ein andrer Verlehr als auf dem Lauenhofe in Krödewitz, in der berühmten Stadt des guten Vaters Gleim, ja nicht ein anderer Verlehr als in der sogenannten Stadt des Großen Oskar Busch, die höchst vom Blockberg, die schon außer sich vor gerieten, als sie den Edlen, den sie doch in seiner besten Stunde gekannt hatten, wieder zu Gesicht bekamen, was sie zu allen den Herren und Damen gefragt haben,

welche in dem Hause des Edlen aus und ein gingen, und die sie nicht in ihrer Jugend gekannt hatten?

Ob wohl der Pastorenanz die gnädigen Frauen gegenüber auch von dem Wege zur Gnade gerebet haben würde? Sicherlich nicht! Er wäre fast überzeugt gewesen, daß sie denselben längst gefunden hätten; — beschleunigt würde er sein evangelisch gescheitelt Haupt ihnen entgegenneigte und höchstens den Wunsch ausgesprochen haben: ihnen mit sanften Schritten auf ihrem Stode nachzuhangeln zu dürfen. Der Pastorenanz dieser wäre gewiß nicht seinem Junker einen Vorwurf daraus gemacht, daß derselbe sich nicht vieler Straßen in den bunten Tanz hineinziehen läßt. Er würde umzweilen mit Vergnügen selber den nächsten Nachbar auf der Stelle die Hand gereicht haben und hätte nachher bei gehöriger Muße eine Abhandlung über das Weib in Schatzloch auf dem rohrenfachen Tier mit den sieben Adößen und acht Hörnern geschrieben. Vielleicht würde man ihm dann auf diese Abhandlung hin in Halle zum Doktor der Theologie gemacht haben, — so wäre man durchaus nicht aus der Apotheksecke herausgefallen, und alles hätte den Weg genommen, den es auf dieser muntern Erde zu nehmen pflegt.

Hört damit! Ein anderer Gestalt steht uns in der Sekunde. Der Abend ist klar und still, die Sonne sinkt eben hinter die Bergkette der herzürischen Berge. Die alte Hanne Altmann sitzt am offenen Fenster ihrer Hütte und hält ein kleines Mädchen auf dem Schoß. Gestillt Klingeln vom Walde her die Glocken der nach Haus zurückkehrenden Herden. Da kommen die guten Freunde der alten Hanne, da kommt das liebe Bieh, und die besten Bekannten darunter treten nach alter guter Gewohnheit näher, reden die Hälse und legen die sendenden blasenden Sämpfen auf das Fen



Mittwoch den 23. September 1925

## Volkszeitung

um die Wiederherstellung, sondern eher einen sonst unbedeutenden Teil mit sächsischer Weisheit bestimme, um dadurch die Wirkung auf die Wiederherstellung an Gesetzesgebung und Verwaltung zu erschweren. Auch bei der Schaffung des Bodenreformgesetzes, das den Großgrundbesitz aufzulösen hatte und gegen 300 000 Hektar Landes den Besitzern, mit 8000 Hektar aber den Deutschen zusprach, seien die Angehörigen der Staatsnation zugunsten der Wiederherstellung bevorzugt worden.

Dr. Kraus leitete schließlich aus dem gegenwärtigen Zustand, nach dem Wiederherstellungsverordnungen von den angeworbenen Anstalten gut erzielt werden können, nicht aber erwartet werden müssen, die Forderung der Einräumung eines Prozeßpartizipats für die Wiederherstellung. Der bestehende Stich ist jedenfalls unzureichend und so wie die große Gefahr, die in einer mangelhaften Lösung der Wiederherstellungsfrage für den Frieden der Völker liege, nicht beheben.

## Der häuschlachtende Gastwirt

Der Gastwirt und Hauslehrer von Dresden war angeklagt, sich dadurch gegen die Verordnung über den Verkehr mit Fleisch und Fleischverarbeitungen zu haben, daß er an seine Kunden Schweinefleisch verkaufte oder verlaufen ließ, das nur oberflächlich leicht geprüft oder geprüft war, ohne dadurch die Eigenschaft des frischen Fleisches verloren zu haben. Die behördliche Behandlung am Handel mit Fleischfleisch befahl er aber nicht. Bezeugte zunächst beim Landgericht seine Freisprechung, doch wurde es hier vom Oberlandesgericht Dresden aufgehoben und die Sache vor dem Vorortrichter zurückgewiesen. Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, daß, wenn die Verordnung über den Verkehr mit Fleisch und Fleischverarbeitungen Auffallung darüber gebe, dies unter Strafandrohung zu verstehen ist, dass auch nicht nötig sei, da dies schon in andern Gesetzen, z. B. der Verordnung über Schlachtwich und Fleischbeschau, geschähe. Zudem gehe Fleischfleisch dieser Eigenschaft durch oberflächliche Behandlung mit Salz nicht verloren, anders liege die Sache dagegen bei überreifem Fleisch, wo die inneren Bestandteile trok Waschen und andere Behandlung des Fleisches die Eigenschaft des Fleischfleischs nicht wieder erlangen können. Diese Direktiven des Oberlandesgerichts haben dann noch erneute Verhandlung vor dem Landgericht zur Verurteilung des Angeklagten geführt.

Hierzu lag nun Revision des Angeklagten vor. Dem Gericht sei es unbekommen, von der bisherigen Judikatur abzugehen. Das erscheine sogar notwendig. Wenn im Jahre 1900 Bestimmungen erlassen worden seien, die lediglich die Fleischseife vom Fleischlande (Einfuhr von ganzen geschlachteten Schweinen, Würstchen usw.) zum Gegenstand haben, so sei das doch etwas ganz anderes als das, um was es sich hier handle. Dieses ausländische Urteil sei möglicherweise vor der Schlachtung nicht herzüglich untersucht, bei dem Fleisch, das der Angeklagte verputzte, sei das aber so fett und deshalb müsse es unbillig erscheinen, die Handlung des Angeklagten unter dieses Gesetz zu stellen und die für das ausländerlich geltenden Bestimmungen analog auf das Inland fassen. Letztlich laufe das angefochtene Urteil auf die Einrichtung eines Privilegs für die Fleischmeister hinan, die in den Haushaltenden Gasträumen eine lästige Konkurrenz erblieben und sie auch den Angeklagten zur Angeklagten gemacht hätten. Es versteht sich aber auch gegen die Interessen des Publikums, das ein ganz mild behandeltes und schwach gepflegtes Fleisch für seinen Haushalt wolle, weil es sich länger hält und deshalb besonders beliebt ist. Das Oberlandesgericht Dresden hat aber das Urteil aufgeworfen und bemerkte, daß selbst wenn es in Rechtsauffassung abhinge, dazu doch kein Anlaß vorliege. Die Rechtsauffassungen der Revision seien dazu nicht angelegt.

## Gewerbegericht

## Überstunde

Ein Kürschner einer bischen Spezialfirma war entlassen worden, weil er eine Arbeit verweigert hatte, an der er die Meinung der Firma verpflichtet gewesen war. Es handelt sich um eine Überstundeneistung, die der Kürschner deshalb nicht ablehnte, weil die Firma die Überstunden nicht bezahlte. Er sah in der Entlassung eine unbillige Härte und stellte Anspruch auf eine Entschädigung nach § 88 I 818 vor dem Gewerbegericht geltend. Der Gewerbegerichtsvorsteher des Bezirks war der Ansicht, daß eine Verpflichtung des Arbeiters zur Überstundeneistung nicht besteht, und er ist recht nicht. Er legt die Überstundeneistung nicht bezahlt werden. Die Firma erkennt, daß durch das Verhalten des Kürschners eine Geschäftsschädigung eingetreten und deshalb die Entlassung gerechtfertigt sei. Der betreffende Kürschner habe sich über den Kürschner beschwert und seine Entlassung gefordert. Der als Kürschner erschienene Kürschner erklärte aber, sich wohl beschwert, aber nicht die Entlassung gefordert zu haben. Das Gericht kommt zu einer längeren Beratung zur Vernehmung der Firma, ob der Kürschner zu jener Überstundeneistung verpflichtet war und untersucht die Firma zur Zahlung einer der Beschäftigungsbezüge entsprechenden Entschädigung. Das Verhalten des Kürschners sei wohl vom Standpunkt der Firma aus nicht zu schätzen, es mußte aber berücksichtigt werden, daß es erst von den Fällen herausbeschworen worden sei. Die Entlassung ist deshalb ungerechtfertigt und eine unbillige Härte.

## Stadtverschönerungsaktion. Donnerstag, nach-

mittags 4 Uhr, wichtige Sitzung.

Aufmerksamkeit zugunsten der Jugendpflege. Die Bevölkerung von 88½ Prozent wird nach der Eisenbahn-Verbindung in der 3. und 4. Wagenklasse nur für jugendliche Kabinen von schörlich anerkannten Jugendpflegereinen gestattet, die das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. An jedem Dant müssen mindestens 10 Personen einschließlich der Aufsichtsperson teilnehmen, auf je 9 jugendliche Personen darf höchstens eine Aufsichtsperson entfallen. Mindestentfernung ist 10 Kilometer, Entfernungsbefreiung ist nicht gestattet. Der Leiter der Kabinen hat die Aufsicht, von seiner der teilnehmenden jugendlichen Kabinen das 20. Lebensjahr überschritten ist. Wird nun diese Bedingung mehrere Befreiungen, ohne daß sie den Kabinen entspricht, so stellt sich diese Handlung in strafrechtlicher Beziehung dar, denn die betreffenden Fahrtteilnehmer lassen sich durch die Folgen der unwaren Bezeichnung einen besondrigen Vermögensvorteil, indem sie die Eisenbahn um den Unterschied zwischen dem vollen tarifmäßigen und dem ermäßigten Preis zu schädigen. Es handelt sich dabei um eine Fahrgeldabschöpfung, für die nach den Bestimmungen das Doppelte des tarifmäßigen Fahrgeldes, mindestens 3 R., für jeden Reisenden, zu zahlen ist. Die Reichsbahndirektion hat veranlaßt, daß die Antragsteller von Reichspreidermäßung zugunsten der Jugendpflege aufgelöst werden, das vorgenommen wird, wenn sich beweist, daß die Bezeichnung über das Alter der Fahrtteilnehmer weder besseres Wissen falsch abgegeben worden ist. Auch das Personal am Zug soll darauf achten und Teilnehmer an einer Fahrtabsicht, die älter als 20 Jahre sind, als Fahrgäste ohne gültige Kabinen zu behandeln unter Gestellung des Nomens und des dazugehörigen Jugendvereins.

Brennstoffkontrolle. Von zuständiger Stelle wird geschieben: Zu den weiten Kreisen der Verbraucherschaft und ausnahmslos zu allen Kohlenhandel begrüßte Einrichtung der Brennstoffkontrolle Dresden, S. m. u. d., gibt aus leicht durchsichtigen Siedlungen vereinzelten dunklen Gründen, denen die Kontrolle unangemessen ist. Bekanntmachung gegen diese Einrichtung Sturm zu machen, in Verbindung mit den gegenwärtigen Maßnahmen der Reichsregierung wegen Preisabschaffens verucht man, der Brennstoffkontrolle die Abiect unterzuführen, preisbereit zu werden. Es besteht ausdrücklich nochmals festgestellt, daß die Brennstoffkontrolle Dresden, S. m. u. d., eine vom Lübeckischen Braunkohlenunterstützte und finanzierte Einrichtung ist, die lediglich auf Kosten der Abnehmer vor Überrestrukturierungen hinsichtlich des Preises und der Qualität zu schützen und damit reinigend im

Geschäftsverkehr zu wirken. Die Brennstoff-Kontrolle befähigt sich ausschließlich mit dieser Aufgabe und jetzt wieder keine Zeit, noch kontrolliert sie die Preisnotierung.

**Frostwarnungsdienst.** Die Sächsische Landeswetterwarte erichtet für die Zeit vom 1. Oktober 1925 bis 31. Mai 1926, wie bereits in den Wintern der vergangenen Jahre, einen Frostwarnungsdienst. Er besteht, durch Frost gefährdeten Unternehmungen der Industrie sowie Landwirtschaft, Gartenbaubetrieben, Lebensmittelverband, Transportunternehmen, Bauunternehmen usw. möglichst frühzeitig über zu erwartenden Frost und dessen voraussichtliche Stärke oder auch auf Antrag über besondere Stärke-Schneefälle zu benachrichtigen. Daß der Frostwarnungsdienst einem dringenden wirtschaftlichen Bedürfnis der genannten Kreise entsprochen kommt, beweist die ständige Annahme der Zahl der Frostwarnungsabonnenten. Es steht somit im Interesse des einzelnen als auch der Gesamtwirtschaft, wenn auch in diesem Winter zahlreiche Anmeldungen zum Frostwarnungsdienst ergeben. Die Frostwarnungen werden durch Telegramme, nach Dresden und Umgebung auf Wunsch auch durch Fernsprecher, übermittelt. Die zeitliche Dauer, in der der Bezug von Frostwarnungen gewünscht wird, liegt im Belieben des Beziehers. Unabhängig von der Dauer des Beuges der Frostwarnungen wäre für die Zeit vom 1. Oktober 1925 bis 31. Januar 1926 eine Gebühr von 12 R. — zahlbar bei Anmeldung — und für die Zeit vom 1. Februar bis 31. Mai 1926 eine Gebühr in gleicher Höhe erhoben. Die bei den Benachrichtigungen entstehenden Telegramme bzw. Telephonabgaben gehen zu Lasten des Beziehers der Frostwarnung. Schriftliche Anmeldung und Einzahlung der Gebühren haben an die Sächsische Landeswetterwarte, Dresden-R., Große Meißner Straße 16, III. (Fernruf 14 576, Postleitzahl Nr. 7766 Dresden) zu erfolgen.

**Vom neuen Wintersaisonplan.** Nach einem neuen Berichtigungsantrag zum Wintersaisonplan bleibt der für Dresden-Brandenburg wichtige Zug Dresden-Brockau-Cottbus-Frankfurt (Oder) mit Anschluß nach Mühlberg auch im Wintersaisonplan bestehen. Der Zug führt nur 2. und 3. Klasse und verkehrt ab Dresden-Dönhof, 6.30 vorm. an Cottbus 8.41 Uhr, ab Frankfurt (Oder) 9.49 Uhr, an Mühlberg 10.46 Uhr abends. Der Verlängerung früh nach Cottbus nach dem ersten Fahrplanentwurf 5.48 Uhr ab Dresden-Dönhof, an Cottbus 8.50 Uhr vorm. verkehrt dafür nicht, dieser Zug fährt wie im Sommersaisonplan ab Dresden-Hauptbhf. 5.02 Uhr vorm. an Cottbus 9.12 Uhr vorm.

**Auskünfte über den Güterverkehr.** Bei Anlieferung von Frachtmitteln, namentlich auch bei Aufgabe von gebrauchten Möbeln wenden sich die meist verkehrenden Verkäufer aus Unkenntnis der Verhältnisse des Fleischfleisch nicht an die tarifmündigen Beamten der Güterabteilung, sondern an die zufällig zunächst erreichbaren Bediensteten, z. B. an die im Lagerleiter tätigen Beamten und Arbeiter um Rücksicht, von denen ihnen oft unzureichende oder unrichtige Antworten gegeben werden, z. B. daß gebrauchte Möbel durchweg als Umlaufsgut bezeichnet werden müssen. Ergebt dann die genaue Nachprüfung, daß es sich um Heiz- oder Erhitzungsgut handelt, oder daß sonst falsche Inhabungsangs vorliegt, woorch Mehrfach- und Brachtaufschlag vermischt sind, so führt die Nachrechnung auf Schwierigkeiten oder die Eigentümer (Ladeneigner oder Empfänger) geraten nicht selten durch die hohen Rücksichtsbeiträge in Bedrängnis und empfinden die Forderung als Härte. Die Eisenbahnverwaltung hat daher veranlaßt, daß die um Tarifankunft im Güterangelegenheiten aufzutragenden Personen stets an den Auslandsbüroen der Güterabteilung gewiesen werden. Alle anderen Bediensteten haben sich jeder Tarifankunft zu enthalten.

**Berücksichtigung von Erwerbslosen.** Nach Artikel 7 der Ausführungsvoorschriften zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge sind die Unterstützungsbeiträge der Pflichtarbeiter und die Entschädigung, die ihnen gegebenenfalls für Mehraufwendungen gewährt wird, nicht als Entgelt im Sinne der Statuten, Maßnahmen oder Angestelltenversicherung angesehen. Den Erwerbslosen dürfen nur solche Arbeiten zugewiesen werden, die sonst überhaupt nicht oder nicht zu dieser Zeit oder in diesem Umfang ausgeführt werden würden. Die Arbeitsleistung des Pflichtarbeiters soll in der Regel 16 Stunden möglichst nicht überschreiten. Dagegen gilt nach § 9 der Bestimmungen über öffentliche Wohlfahrtsarbeiten die Verpflichtung des Arbeitslosen bei Notfallsarbeiten als Beischäftigung gegen Entgelt im Sinne der Reichsversicherung. Hierzu ist nach einer Entscheidung der Landesversicherungsanstalt Hannover wohl in den meisten Fällen die Beschäftigung von Erwerbslosen als eine versicherungspflichtige Tätigkeit im Sinne des § 128 RbG anzusehen, und es müssen alsdann Beiträge für diese Arbeitszonen verwendet werden.

**Aufbindung für Versorgungsbamwäter.** Es hat sich herausgestellt, daß einzelne Versorgungsbamwäter ihren Versorgungsbeamten, insbesondere Schwerkrankenbeschädigte ihren Beamten, infolge schwerer Leiden nicht durchsetzen und daher auch nicht die Voraussetzungen haben erfüllen können, unter denen die einmalige Entschädigung von 2000 R. gegen Rückgabe des Versorgungsbamwerts gezahlt werden könnte. Um ihnen entgegenzutreten, hat der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen im Wege des Mittelausgleichs bestimmt, daß auch bei Antrag gegen Rückgabe des Versorgungsbamwerts eine einmalige Entschädigung in Höhe von 1000 R. erhalten können. Die Anträge müssen beim zuständigen Versorgungsbamt bis zum 1. März 1926 gestellt sein. Inhaber von Polizeiverwaltungsbamwerten sowie von Zivilverwaltungsbamwerten nach dem Gesetz 1871/74 fallen diese Voraussetzung jedoch besonders gegebenenfalls Fälle dem Reichsarbeitsminister zur Prüfung vorgelegt werden.

**Vertieren.** Auf dem Arbeitsweg von Bannowitz nach Dresden-R., Bomberger Straße, ist am 16. September ein Verbandsbuch des Fabrikarbeiterverbandes, lautend auf Paul Küthe, geboren am 26. Februar 1896, enthalten eines Betriebszettelzettels und 9 Mark, gekauft worden. Der Kürschner wird gebeten, das Buch bei dem Verkäufer, Bannowitz, Hauptstraße 48, 1., abzugeben. — Am Dienstag, dem 22. September, mittags zwischen 12 und 12½ Uhr, wurde von einer sehr armen Frau am Rathausplatz, in einem Umhang die Summe von 120 R. verloren. Da dieses Geld, einfassende Zeitungsgelder, ersehen werden muß, wird um Abgabe auf dem Fundbüro, Hauptpolizei, ersucht.

**Vorsicht bei Bilzzug.** Unter dieser Überschrift brachten wir am 16. September eine Meldung, nach der ein Reichswohlfahrtsfonds auf der Bismarckstraße in Loschwitz an Bilzzugleitung erkannt wurde. Der Betroffene, Schneider Walter Baumann, vom Infanterie-Regiment 10, 12. Wachtergruppe - Kompanie Dresden-R., bitte aus besonderen Gründen die Personen, vor allem solche von der Leipziger Straße oder vom Leipziger Platz, die ihm behilflich waren, um ihre Abreise.

5. Elternratsekretariat (85, 86, 87, 88, 89, 54, 55, 72, 73, und 74, Volksschule). Donnerstag, abends 7½ Uhr, im Jugendheim, Lößnitz, Sitzung der Elternräte. Auf der Tagesordnung steht die Ausgestaltung der Jugendwochen 1925/26. Alle Elternräte des 5. Bezirks werden gebeten, zu erscheinen. Eine besondere förmliche Einladung ergeht nicht.

Ortsverein 3. Heute Mittwoch, 7½ Uhr, im Jugendheim, Poststraße, Monatsversammlung. Kameraden erscheint vollständig.

Ortsverein 6. Jugendabteilung. Donnerstag den 24. September, abends 7½ Uhr: Kameradschaftlicher Abend im Grundstein, Leipziger Straße 12. Instrumente und Liederbücher mitbringen!

Ortsverein Gossebaude. Donnerstag, abends 8 Uhr, in der Volkshalle Werderveranstaltung. Da wir die Dresdner Spielerin zu Gast haben, bitten wir für guten Besuch zu sorgen. Republikaner sind willkommen.

## Parteinachrichten für Groß-Dresden

Parteisekretariat: Bettinerplatz 10, Et. II.

Berufsprediger: Re. 18907 und Nr. 18476

## Frauentagkonferenz

Mittwoch den 30. September, abends 7 Uhr, im Volkshaus (Altenburgstraße), Saal II. Frauentagkonferenz. Tagesordnung: Bericht vom Internationalen Kongress (Genfössin Thümmler, R. d. S.). Bericht von der Frauenkonferenz in Heidelberg (Genfössin Pieck). Die Delegiertenstafette gegen den Gruppen rechtszeitig zu. — Radikal-Frauenkonferenz am Dienstag den 18. Oktober. Dieser Tag von anderen Veranstaltungen freihalten!

## Berichterstattung vom Parteitag

**Pellerwitz.** Die Gruppe Pellerwitz, Göppig, Altkönig, nahm in ihrer letzten Mitgliederversammlung von dem Kreisvorstandbericht Kenntnis. Nach dem Referat des Genossen Schöner über die Ergebnisse des Heidelberger Parteitages und nach lebhafter Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Der Bezirk Pellerwitz, Göppig, Altkönig billigt die Haltung der Mehrheit der sächsischen Delegation in der sächsischen Frage auf dem Parteitag zu Heidelberg und erwartet von den Landesverbänden, die Delegiertenstafette gegen den Gruppen rechtszeitig zu. — Radikal-Frauenkonferenz am Dienstag den 18. Oktober. Dieser Tag von anderen Veranstaltungen freihalten!

**Gruppe Altstadt 1.** Freitag, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in Liebigs Viehküche. Genossen Menle spricht über: Unser Parteiprogramm. Wahl der Delegierten und eines zweiten Kästlers. Vorstandsbereich.

**Gruppe Altstadt 4.** Freitag, 25. September, abends 7½ Uhr, Gruppenversammlung im Restaurant Mühlhäuser, Güterbahnhofstr. 8. Der Internationale Kongress (Genfössin Büttner). Vorstandsbereich. Vorlesungsangebote.

**Gruppe Altstadt 5.** Freitag, den 25. September, 7½ Uhr, Gruppenversammlung im Volkshaus, Saal I. Vortrag über den Reichskonsolidierungswettbewerb. Referat: Genossen Stadtverordnete Dahl.

**Gruppe Altstadt 8.** Da in den Gruppenversammlungen Bericht über den Heidelberger Parteitag nicht gegeben wird, nimmt die Gruppe 8 geschlossen als Zuhörer an der Kreisdelegiertenversammlung Sonnabend den 26. September im Volkshaus Dresden-Ost teil. Die Delegierten werden vorher bestimmt.

**Gruppenverband Neustadt.** Die für Freitag in der Reichskonferenz angelegte Parteiversammlung fällt aus. Dafür in allen Neustädter Gruppen Versammlungen in den bekannten Lokalen. — Freitag den 25. September, abends 7 Uhr, Gruppenversammlung im Restaurant des Genossen Bruno Henig über: Kunst und Sozialismus. Wahl der Delegierten zur Kreisdelegiertenkonferenz. Sozialistisches und pünktliches Er scheinen ist unbedingt erforderlich.

**Gruppe Neustadt 1.** Freitag, abends 8 Uhr, im Schloss Restaurant, Meyer Straße. Gruppenversammlung. Vortrag des Genossen Bruno Henig über: Kunst und Sozialismus. Wahl der Delegierten zur Kreisdelegiertenkonferenz. Sozialistisches und pünktliches Er scheinen ist unbedingt erforderlich.

**Gruppe Neustadt 2.** Da die Berichterstattung über den Parteitag im Gruppenverband ausfällt, findet Freitag, abends 8 Uhr, im Kurfürstentheater, Kurfürststraße 20, Gruppenversammlung. U. a. Vortrag des Genossen Greund über: Demokratie und Diktatur. — Wahl der Delegierten zur Kreisdelegiertenkonferenz. Das Er scheinen aller ist Pflicht.

**Gruppe Neustadt 3.** Freitag, abends 8 Uhr, im Johann-Weyer-Tunnel, wichtige Gruppenversammlung mit Vortrag.

**Gruppe Neustadt 6 (Oppelnvorstadt).** Freitag, den 25. September, 8 Uhr abends, in Kauters Restaurant, Friedrichstraße 15, Vortrag des Genossen Wedel über: Demokratie und Diktatur. — Wahl der Delegierten zur Kreisdelegiertenkonferenz. — Er scheinen ist Pflicht!

**SPD-Betriebsvertrauensräte der Gruppen Löbtau, Neuklin, Blasewitz, Gaschwitz.** Freitag, abends 7½ Uhr, im Jugendheim, Poststraße 15, Hintertorhaus. Vortrag des Genossen Baivo von 10 bis 12 Uhr. Betriebsaufsichtungen der Gegenseite.

**Gruppe Milden.** Freitag, 7½ Uhr, im Goldenen Lamus, Leubnitz, außerordentliche Mitgliederversammlung. Delegiertenwahl auf Kreisgeneralversammlung. Mitgliederbuch legitimiert. Ohne Buch kein Wahlrecht.

**Gruppe Trachenberge.** Freitag, abends 8 Uhr, im Vergnügungszelt, Mitgliederversammlung mit Vortrag des Genossen Schöner über: Sozialversicherung. Delegiertenwahl zur Kreisdelegiertenkonferenz. Die für Donnerstag angelegte Berichterstattung im Gruppenverband fällt aus.

**Gruppe Briesnitz-Pentewitz.** Freitag, den 25. September, abends 8 Uhr, im Gasthof Pentewitz Mitgliederversammlung. Reichstagsabgeordneter Kleinehr hält einen interessanten Vortrag. Wahl der Delegierten zur Kreisdelegiertenkonferenz.

**Gruppe Cossebaude.** Eichlich, Kemnitz und Umgegend. Die Delegierten zu der Kreisdelegierten

## Aus dem Bezirksausschuss

Zur gestrigen Bezirksausschusssitzung der Amtshauptmannschaft Dresden wurde zunächst von der Mitteilung Kenntnis genommen, daß die Vereinigung des Jägervereins mit der Stadtgemeinde Dresden vom Ministerium abgelehnt worden ist.

Bei dem geplanten Verkauf der Zöhnkustraßenbahn an die Stadt Dresden sprach der Amtshauptmann seine Verbindung darüber aus, daß der Bezirk zu den Beratungen, entgegen früher abgegebenen Zusicherungen, bisher nicht hinzugezogen worden ist. Die Angelegten habe in den Vorortsgemeinden große Vereinigung herbeigeführt und zum Zusammenschluß von 60 Gemeinden geführt, die in einer Einheitsgemeinschaft das Interesse vertreten, wie über ihre Interessen einfach hinweggegangen werde. Man verlange Hinzuzeichnung zu den Verhandlungen und Beteiligung des Bezirks an der neuen Gesellschaft. Nach kurzer Ausprache wurde die Amtshauptmannschaft beantragt, in diesem Sinne unverzüglich die erforderlichen Schritte zu ergreifen.

Von den Stadtgemeinden Radebeul und Kötzschenbroda lagen Anträge vor auf Übertragung der Befugnisse zur Ausübung der Polizeiabteilung auf den Staatsbeamten. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Übertragung des Autobesetzes, die im Verhältnis — managte ausreichender Organe der Stadtpolizei — bereits jetzt von der Kreispolizei besorgt wird, d. h. der Staat läßt es hier ganz vern gefallen, daß ihm die Gemeinden die Arbeit übernehmen. Die Einnahmen in Form der Strafverjährungen, die an einem Tage allein in Radebeul den Betrag von 200 M. erreicht haben, beansprucht er aber für sich. Die Gemeinden wollen ihm begrißlicherweise diesen Zustand nicht mehr länger gelassen lassen. Nach langerer Debatte wurde mit 5 gegen 3 Stimmen beschlossen, den Antrag befürwortend an das Ministerium weiterzugeben. Die gleichen Anträge von Kötzschenbroda und Hinterzendorf fanden aber keine Mehrheit.

Recht eigenartige Praktiken hat der Bürgermeister von Reichenberg in seiner Eigenschaft als Gemeindeverordnetenvorsteher bei der ordnungsgemäßigen Belebung der Hundesteuer entdeckt. Infsofern er eine nominale Belebung in der Sache vornahm, obwohl vier Wochen vorher das Kollegium mit 5 gegen 5 Stimmen die Hundesteuer auf 10 bzw. 30 M. festgesetzt hatte und dieser Befehl nicht aufgehoben worden war. Ein an der Sozialversicherung stark interessierter Gemeinderepräsentant, der einzige Hundestalter mit vier Hundern, räte nämlich den Aufzug selbst, die Hundesteuer durchweg auf 10 M. festzulegen, und diesen Antrag brachte der Vorsteher in der zweiten Sitzung zur Abstimmung. Da gut seit dem zweiten Schlußtag eine Veröffentlichung des Steuerbefehls noch nicht erfolgt war, hielt der Beauftragter die zweite Abstimmung für zulässig und die vorliegende Befreiung für ungegründet. Die Angeklagte löste eine längere Debatte aus, in der Genoss Kampf, Vorsteher, das Verfahren des jüngst verabschiedeten Bürgermeisters einer scharfen Kritik unterwarf. Der Bezirksausschuß hielt sich aber nicht für qualifiziert, darüber Entcheidung zu treffen, ob der Vorsteher im vorliegenden Fall ordnungsgemäß gehandelt hat.

Den Arbeitersiedlungsbau Großbernsdorf wurde ein Strafzettel von 200 M. aus Bezirksmittel zur Vollendung eines Hauses bemüht.

Wegen monatelang bestehender Diskussion im Gemeinderat von Lütendorf-Lößnitz waren die Bürgerlichen Gemeinderverordneten vom Bezirksausschuß in eine Sitzung je 20 M. genommen worden, die auf die Vorrichtungen eine recht erhebliche Wissung ausübt hat, denn sie über seitdem wieder ihre Amtsstelle aus. Auf ihr Votum zu beschloß jetzt der Bezirksausschuß, die Strafe auf 10 M. herabzusetzen. Der Amtshauptmann bemerkte sehr richtig, er, an Stelle des Geschäftsführer, würde nicht um Erlös der Strafe gebeten haben.

Eine Beschwerde gegen den Bürgermeister Kaiser, Friedersdorf, dem zum Vorwurf gemacht wird, daß er als Gemeinderverordnetenvorsteher in einer Sitzung des Kollegiums, in der ein Teil der Gemeinderverordneten Kürschner stand, den Antragsteller zum Verlassen des Sitzungssaals aufgefordert habe, damit die Rechtschaffenheit herbeigeführt würde, ging an die Gemeinderverordneten zurück, damit diese erste Stellung nehmen.

## Gewerkschaftsbewegung

### Metallarbeiter, habt Solidarität!

S.R.K. Seit jetzt 5 Wochen stehen die Metallarbeiter in Herford im Streit um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Da die Front der Streitenden unerschütterlich ist, versuchen die Unternehmer durch Interne Arbeiter von auswärts heranzuziehen. Metallarbeiter, halt hierauf nicht verein, meidet Herford!

In Schleiden (Schlesien) stehen die Klempner im Streit. Die betroffenen Firmen verfließen durch Aufzukauf in südlichen und anderen Zeitschriften Arbeitslose nach dort zu ziehen. Klempner, halt euren kämpfenden Brüder nicht in den Rücken, halte Bzug fern!

### Eltern der Kaufmannslehrlinge!

Ein Kind hat den kaufmännischen Beruf ergriffen, obwohl gerade in diesem Beruf ein großes Nachfragebedürfnis vorhanden ist. Die wirtschaftliche Not lässt schwer aufzusehen, wie auf allen Zeilen des wertvollen Volkes, und ihr wähnt,

dass euren Kindern künftig ein besseres Los als euch selbst beschieden sei. Zu tüchtigen Menschen im Beruf sollen eure Söhne und Töchter werden. Aber gerade die Berufsausbildung der kaufmännischen Lehrlinge ist oft nicht so, wie sie sein müßte. Die jungen Menschen sind oft hilflos der Ausbeutung durch gewissenhafte Arbeitgeber preisgegeben, die nicht darauf bedacht sind, durch gewissenhafte Ausbildung einen tüchtigen Nachwuchs im Berufe heranzuziehen, sondern in den Lehrlingen nur die billigeren Arbeitskräfte sehen, die nach Kräften ausgenutzt werden. Gegen diesen Missbrauch bedürfen die jungen Menschen eines starken Schutzes.

Ein weiteres kommt hinzu: Bei der Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind heute fast gar nicht mehr der Willen und die Kraft des einzelnen ausdrückend. Tarifverträge und Gewaltabkommen werden zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften abgeschlossen. Auch die Arbeits- und Entschädigungsverhältnisse der Lehrlinge sind in diesen Vereinbarungen weit eingegriffen.

Eine reine gewerkschaftliche Zusammenfassung der Jugend kann ohne mir euren Wünschen entsprechen.

Den Eltern, deren Kinder sich handwerklichen Berufen zugewandt haben, fällt es meist nicht schwer, zu entscheiden, welche Gewerkschaft ihre Kinder sich anschließen sollen. Sie halten es für selbstverständlich, sie der zu ständigen freien Gewerkschaft zuzuführen.

Zum Angestelltenberuf ist es anders. Darmstadt verbande und managische Berufsvereinigungen, die sich zu Kreisgewerkschaften nennen, bemühen sich ständig, die Jugend zu fördern. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Übertragung des Autobesetzes, die im Verhältnis — managte ausreichender Organe der Stadtpolizei — bereits jetzt von der Kreispolizei besorgt wird, d. h. der Staat läßt es hier ganz vern gefallen, daß ihm die Gemeinden die Arbeit übernehmen. Die Einnahmen in Form der Strafverjährungen, die an einem Tage allein in Radebeul den Betrag von 200 M. erreicht haben, beansprucht er aber für sich. Die Gemeinden wollen ihm begrißlicherweise diesen Zustand nicht mehr länger gelassen lassen. Nach langerer Debatte wurde mit 5 gegen 3 Stimmen beschlossen, den Antrag befürwortend an das Ministerium weiterzugeben. Die gleichen Anträge von Kötzschenbroda und Hinterzendorf fanden aber keine Mehrheit.

Recht eigenartige Praktiken hat der Bürgermeister von Reichenberg in seiner Eigenschaft als Gemeinderverordnetenvorsteher bei der ordnungsgemäßigen Belebung der Hundesteuer entdeckt. Infsofern er eine nominale Belebung in der Sache vornahm, obwohl vier Wochen vorher das Kollegium mit 5 gegen 5 Stimmen die Hundesteuer auf 10 bzw. 30 M. festgesetzt hatte und dieser Befehl nicht aufgehoben worden war. Ein an der Sozialversicherung stark interessierter Gemeinderepräsentant, der einzige Hundestalter mit vier Hundern, räte nämlich den Aufzug selbst, die Hundesteuer durchweg auf 10 M. festzulegen, und diesen Antrag brachte der Vorsteher in der zweiten Sitzung zur Abstimmung. Da gut seit dem zweiten Schlußtag eine Veröffentlichung des Steuerbefehls noch nicht erfolgt war, hielt der Beauftragter die zweite Abstimmung für zulässig und die vorliegende Befreiung für ungegründet. Die Angeklagte löste eine längere Debatte aus, in der Genoss Kampf, Vorsteher, das Verfahren des jüngst verabschiedeten Bürgermeisters einer scharfen Kritik unterwarf. Der Bezirksausschuß hielt sich aber nicht für qualifiziert, darüber Entcheidung zu treffen, ob der Vorsteher im vorliegenden Fall ordnungsgemäß gehandelt hat.

Den Arbeitersiedlungsbau Großbernsdorf wurde ein Strafzettel von 200 M. aus Bezirksmittel zur Vollendung eines Hauses bemüht.

Wegen monatelang bestehender Diskussion im Gemeinderat von Lütendorf-Lößnitz waren die Bürgerlichen Gemeinderverordneten vom Bezirksausschuß in eine Sitzung je 20 M. genommen worden, die auf die Vorrichtungen eine recht erhebliche Wissung ausübt hat, denn sie über seitdem wieder ihre Amtsstelle aus. Auf ihr Votum zu beschloß jetzt der Bezirksausschuß, die Strafe auf 10 M. herabzusetzen. Der Amtshauptmann bemerkte sehr richtig, er, an Stelle des Geschäftsführer, würde nicht um Erlös der Strafe gebeten haben.

Eine Beschwerde gegen den Bürgermeister Kaiser, Friedersdorf, dem zum Vorwurf gemacht wird, daß er als Gemeinderverordnetenvorsteher in einer Sitzung des Kollegiums, in der ein Teil der Gemeinderverordneten Kürschner stand, den Antragsteller zum Verlassen des Sitzungssaals aufgefordert habe, damit die Rechtschaffenheit herbeigeführt würde, ging an die Gemeinderverordneten zurück, damit diese erste Stellung nehmen.

Die Angeklagte löste eine längere Debatte aus, in der Genoss Kampf, Vorsteher, das Verfahren des jüngst verabschiedeten Bürgermeisters einer scharfen Kritik unterwarf. Der Bezirksausschuß hielt sich aber nicht für qualifiziert, darüber Entcheidung zu treffen, ob der Vorsteher im vorliegenden Fall ordnungsgemäß gehandelt hat.

Am 27. Oktober soll ein Bezirksstag abgehalten werden.

## Gewerkschaftsbewegung

### Metallarbeiter, habt Solidarität!

S.R.K. Seit jetzt 5 Wochen stehen die Metallarbeiter in Herford im Streit um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Da die Front der Streitenden unerschütterlich ist, versuchen die Unternehmer durch Interne Arbeiter von auswärts heranzuziehen. Metallarbeiter, halt hierauf nicht verein, meidet Herford!

In Schleiden (Schlesien) stehen die Klempner im Streit. Die betroffenen Firmen verfließen durch Aufzukauf in südlichen und anderen Zeitschriften Arbeitslose nach dort zu ziehen. Klempner, halt euren kämpfenden Brüder nicht in den Rücken, halte Bzug fern!

Eltern der Kaufmannslehrlinge!

Ein Kind hat den kaufmännischen Beruf ergriffen, obwohl gerade in diesem Beruf ein großes Nachfragebedürfnis vorhanden ist. Die wirtschaftliche Not lässt schwer aufzusehen, wie auf allen Zeilen des wertvollen Volkes, und ihr wähnt,

dass euren Kindern künftig ein besseres Los als euch selbst beschieden sei. Zu tüchtigen Menschen im Beruf sollen eure Söhne und Töchter werden. Aber gerade die Berufsausbildung der kaufmännischen Lehrlinge ist oft nicht so, wie sie sein müßte. Die jungen Menschen sind oft hilflos der Ausbeutung durch gewissenhafte Arbeitgeber preisgegeben, die nicht darauf bedacht sind, durch gewissenhafte Ausbildung einen tüchtigen Nachwuchs im Berufe heranzuziehen, sondern in den Lehrlingen nur die billigeren Arbeitskräfte sehen, die nach Kräften ausgenutzt werden. Gegen diesen Missbrauch bedürfen die jungen Menschen eines starken Schutzes.

Ein weiteres kommt hinzu: Bei der Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind heute fast gar nicht mehr der Willen und die Kraft des einzelnen ausdrückend. Tarifverträge und Gewaltabkommen werden zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften abgeschlossen. Auch die Arbeits- und Entschädigungsverhältnisse der Lehrlinge sind in diesen Vereinbarungen weit eingegriffen.

Eine reine gewerkschaftliche Zusammenfassung der Jugend kann ohne mir euren Wünschen entsprechen.

Den Eltern, deren Kinder sich handwerklichen Berufen zugewandt haben, fällt es meist nicht schwer, zu entscheiden, welche Gewerkschaft ihre Kinder sich anschließen sollen. Sie halten es für selbstverständlich, sie der zu ständigen freien Gewerkschaft zuzuführen.

Zum Angestelltenberuf ist es anders. Darmstadt verbande und managische Berufsvereinigungen, die sich zu Kreisgewerkschaften nennen, bemühen sich ständig, die Jugend zu fördern. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Übertragung des Autobesetzes, die im Verhältnis — managte ausreichender Organe der Stadtpolizei — bereits jetzt von der Kreispolizei besorgt wird, d. h. der Staat läßt es hier ganz vern gefallen, daß ihm die Gemeinden die Arbeit übernehmen. Die Einnahmen in Form der Strafverjährungen, die an einem Tage allein in Radebeul den Betrag von 200 M. erreicht haben, beansprucht er aber für sich. Die Gemeinden wollen ihm begrißlicherweise diesen Zustand nicht mehr länger gelassen lassen. Nach langer Debatte wurde mit 5 gegen 3 Stimmen beschlossen, den Antrag befürwortend an das Ministerium weiterzugeben. Die gleichen Anträge von Kötzschenbroda und Hinterzendorf fanden aber keine Mehrheit.

Recht eigenartige Praktiken hat der Bürgermeister von Reichenberg in seiner Eigenschaft als Gemeinderepräsentant, der einzige Hundestalter mit vier Hundern, räte nämlich den Aufzug selbst, die Hundesteuer durchweg auf 10 M. festzulegen, und diesen Antrag brachte der Vorsteher in der zweiten Sitzung zur Abstimmung. Da gut seit dem zweiten Schlußtag eine Veröffentlichung des Steuerbefehls noch nicht erfolgt war, hielt der Beauftragter die zweite Abstimmung für zulässig und die vorliegende Befreiung für ungegründet. Die Angeklagte löste eine längere Debatte aus, in der Genoss Kampf, Vorsteher, das Verfahren des jüngst verabschiedeten Bürgermeisters einer scharfen Kritik unterwarf. Der Bezirksausschuß hielt sich aber nicht für qualifiziert, darüber Entcheidung zu treffen, ob der Vorsteher im vorliegenden Fall ordnungsgemäß gehandelt hat.

Den Arbeitersiedlungsbau Großbernsdorf wurde ein Strafzettel von 200 M. aus Bezirksmittel zur Vollendung eines Hauses bemüht.

Wegen monatelang bestehender Diskussion im Gemeinderat von Lütendorf-Lößnitz waren die Bürgerlichen Gemeinderverordneten vom Bezirksausschuß in eine Sitzung je 20 M. genommen worden, die auf die Vorrichtungen eine recht erhebliche Wissung ausübt hat, denn sie über seitdem wieder ihre Amtsstelle aus. Auf ihr Votum zu beschloß jetzt der Bezirksausschuß, die Strafe auf 10 M. herabzusetzen. Der Amtshauptmann bemerkte sehr richtig, er, an Stelle des Geschäftsführer, würde nicht um Erlös der Strafe gebeten haben.

Eine Beschwerde gegen den Bürgermeister Kaiser, Friedersdorf, dem zum Vorwurf gemacht wird, daß er als Gemeinderverordnetenvorsteher in einer Sitzung des Kollegiums, in der ein Teil der Gemeinderverordneten Kürschner stand, den Antragsteller zum Verlassen des Sitzungssaals aufgefordert habe, damit die Rechtschaffenheit herbeigeführt würde, ging an die Gemeinderverordneten zurück, damit diese erste Stellung nehmen.

Die Angeklagte löste eine längere Debatte aus, in der Genoss Kampf, Vorsteher, das Verfahren des jüngst verabschiedeten Bürgermeisters einer scharfen Kritik unterwarf. Der Bezirksausschuß hielt sich aber nicht für qualifiziert, darüber Entcheidung zu treffen, ob der Vorsteher im vorliegenden Fall ordnungsgemäß gehandelt hat.

Am 27. Oktober soll ein Bezirksstag abgehalten werden.

## Gewerkschaftsbewegung

### Metallarbeiter, habt Solidarität!

S.R.K. Seit jetzt 5 Wochen stehen die Metallarbeiter in Herford im Streit um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Da die Front der Streitenden unerschütterlich ist, versuchen die Unternehmer durch Interne Arbeiter von auswärts heranzuziehen. Metallarbeiter, halt hierauf nicht verein, meidet Herford!

In Schleiden (Schlesien) stehen die Klempner im Streit. Die betroffenen Firmen verfließen durch Aufzukauf in südlichen und anderen Zeitschriften Arbeitslose nach dort zu ziehen. Klempner, halt euren kämpfenden Brüder nicht in den Rücken, halte Bzug fern!

Eltern der Kaufmannslehrlinge!

Ein Kind hat den kaufmännischen Beruf ergriffen, obwohl gerade in diesem Beruf ein großes Nachfragebedürfnis vorhanden ist. Die wirtschaftliche Not lässt schwer aufzusehen, wie auf allen Zeilen des wertvollen Volkes, und ihr wähnt,

dass euren Kindern künftig ein besseres Los als euch selbst beschieden sei. Zu tüchtigen Menschen im Beruf sollen eure Söhne und Töchter werden. Aber gerade die Berufsausbildung der kaufmännischen Lehrlinge ist oft nicht so, wie sie sein müßte. Die jungen Menschen sind oft hilflos der Ausbeutung durch gewissenhafte Arbeitgeber preisgegeben, die nicht darauf bedacht sind, durch gewissenhafte Ausbildung einen tüchtigen Nachwuchs im Berufe heranzuziehen, sondern in den Lehrlingen nur die billigeren Arbeitskräfte sehen, die nach Kräften ausgenutzt werden. Gegen diesen Missbrauch bedürfen die jungen Menschen eines starken Schutzes.

Ein weiteres kommt hinzu: Bei der Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind heute fast gar nicht mehr der Willen und die Kraft des einzelnen ausdrückend. Tarifverträge und Gewaltabkommen werden zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften abgeschlossen. Auch die Arbeits- und Entschädigungsverhältnisse der Lehrlinge sind in diesen Vereinbarungen weit eingegriffen.

Eine reine gewerkschaftliche Zusammenfassung der Jugend kann ohne mir euren Wünschen entsprechen.

Den Eltern, deren Kinder sich handwerklichen Berufen zugewandt haben, fällt es meist nicht schwer, zu entscheiden, welche Gewerkschaft ihre Kinder sich anschließen sollen. Sie halten es für selbstverständlich, sie der zu ständigen freien Gewerkschaft zuzuführen.

Zum Angestelltenberuf ist es anders. Darmstadt verbande und managische Berufsvereinigungen, die sich zu Kreisgewerkschaften nennen, bemühen sich ständig, die Jugend zu fördern. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Übertragung des Autobesetzes, die im Verhältnis — managte ausreichender Organe der Stadtpolizei — bereits jetzt von der Kreispolizei besorgt wird, d. h. der Staat läßt es hier ganz vern gefallen, daß ihm die Gemeinden die Arbeit übernehmen. Die Einnahmen in Form der Strafverjährungen, die an einem Tage allein in Radebeul den Betrag von 200 M. erreicht haben, beansprucht er aber für sich. Die Gemeinden wollen ihm begrißlicherweise diesen Zustand nicht mehr länger gelassen lassen. Nach langer Debatte wurde mit 5 gegen 3 Stimmen beschlossen, den Antrag befürwortend an das Ministerium weiterzugeben. Die gleichen Anträge von Kötzschenbroda und Hinterzendorf fanden aber keine Mehrheit.

Recht eigenartige Praktiken hat der Bürgermeister von Reichenberg in seiner Eigenschaft als Gemeinderepräsentant, der einzige Hundestalter mit vier Hundern, räte nämlich den Aufzug selbst, die Hundesteuer durchweg auf 10 M. festzulegen, und diesen Antrag brachte der Vorsteher in der zweiten Sitzung zur Abstimmung. Da gut seit dem zweiten Schlußtag eine Veröffentlichung des Steuerbefehls noch nicht erfolgt war, hielt der Beauftragter die zweite Abstimmung für zulässig und die vorliegende Befreiung für ungegründet. Die Angeklagte löste eine längere Debatte aus, in der Genoss Kampf, Vorsteher, das Verfahren des jüngst verabschiedeten Bürgermeisters einer scharfen Kritik unterwarf. Der Bezirksausschuß hielt sich aber nicht für qualifiziert, darüber Entcheidung zu treffen, ob der Vorsteher im vorliegenden Fall ordnungsgemäß gehandelt hat.

Den Arbeitersiedlungsbau Großbernsdorf wurde ein Strafzettel von 200 M. aus Bezirksmittel zur Vollendung eines Hauses bemüht.

Wegen monatelang bestehender Diskussion im Gemeinderat von Lütendorf-Lößnitz waren die Bürgerlichen Gemeinderverordneten vom Bezirksausschuß in eine Sitzung je 20 M. genommen worden, die auf die Vorrichtungen eine recht erhebliche Wissung ausübt hat, denn sie über seitdem wieder ihre Amtsstelle aus. Auf ihr Votum zu beschloß jetzt der Bezirksausschuß, die Strafe auf 10 M. herabzusetzen. Der Amtshauptmann bemerkte sehr richtig, er, an Stelle des Geschäftsführer, würde nicht um Erl

# Aus dem Wirtschaftsleben

Die Fragen über den Kapitalmangel stehen noch wie vor im Zentrum des Interesses. Wenn sich auch im Laufe der letzten Monate etwas geändert hat, so ist doch nach wie vor der Kapitalmangel ein schweres Hindernis für die Aufwärtsentwicklung unserer Industrie. Mehrfach haben wir es erlebt, daß große Unternehmen in Schwierigkeiten geraten sind, trotzdem sie mit Aufgaben rechtlich verfehlt waren und trotzdem sie gute Gewinnzahlen hatten, nur deswegen, weil sie eben das notwendige Kapital nicht aufbringen konnten. In den letzten Tagen ist eine Verknappung auf dem Markt der kurzfristigen Gelder eingetreten, die sich in den letzten Wochen reichlich angeboten haben, zeigt im Zusammenhang mit dem starken Kapitalbedarf.

## Quartalswechsel im Herbst

Es ist schwer zu prophezeien, wie sich der Kapitalmarkt in den nächsten Monaten gestalten wird. Als Kreditgeber haben wir es erlebt, daß große Industrien, besonders in Großbritannien, sehr viel zu tun haben, um auf dem Kapitalmarkt wieder Fuß zu fassen. Es ist dann die Frage, ob Reich, Städte und Gemeinden noch instand sein werden, die Wirtschaftlichkeit ihres Kapitals zur Verfügung zu stellen wie bisher. Man hat bereits versucht, den Kapitalmangel auf die hohen Steuerlasten zurückzuführen. In Zukunft wird ein Teil der Beiträge, der bisher im Besitz von Steuern an Reich, Länder und Gemeinden abgeführt werden, in den Händen der Steuerzahler bleiben, man wird also sehen, ob dadurch der Kapitalbeschaffung in der Wirtschaft weiter geholfen wird wie durch die Anhäufung von Kapital in Staat und Gemeinden. Von einem großen Einfluß auf den Kapitalmarkt wird auch das Verhalten des Reparationsagenten sein, der in diesem Jahr über 1200 Millionen Mark zustehen. Der Reparationsagent bestimmt die deutschen Zahlungen in deutschem Gold und muß nun auftreten, wie er die erhaltenen Beiträge nach Ausland überführt. Es ist möglich, daß er recht bald genehmigt wird, einen Teil dieser Gelder dem deutschen Goldmarkt zur Verfügung zu stellen, so daß er zu einem wichtigen Faktor auf dem deutschen Kapitalmarkt wird. Während bei uns ein Anstieg von weit über 10 Prozent geahnt werden muß, gilt in Amerika ein Anstieg von 5 bis 6 Prozent schon als sehr hoch. Als in Zukunft der Anstieg für tägliches Geld die Höhe von 5% Prozent erreicht hätte, so galt das dort schon als ein Melodram. Der Banken- und Kapitalmarkt in Amerika bestimmt nur 3% Prozent. Diesen Kapitalreichtum Amerikas ist es ja auch zu danken, daß

## Die Rentenbankanleihe

so großen Erfolg gehabt hat. Der Erfolg der Rentenbankanleihe wird vielleicht als ein Anzeichen für einen Wendepunkt in der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft gesehen. Man hofft, daß es auch bald gelingen wird, durch die Anleihe in Amerika unterzubringen. In einem Maße das möglich sein wird, wird zum guten Teil von der Entwicklung unserer Beziehungen abhängen. Auch hierzu wird es deshalb von Deutschland von großer Bedeutung sein, ob der Sicherheitspost zustande kommt. Haben wir in den nächsten Monaten einen starken Kapitalauflauf nach Deutschland, so wird es wohl auch bei unserer positiven Handelsbilanz zu befürchten sein, daß die Frage immer noch nicht, ob der Einfuhrüberschuss wirklich so groß ist, wie das nach den Ausschreibungen des Statistischen Reichsamtes aussteht, womit man zweifellos behauptet werden soll, daß das Statistische Amt die Bezeichnung der Statistik irgendwie falsch macht; die tatsächliche Wahrheit steht daher dar, daß das dem Statistischen Amt keine Material unzureichend ist. Eine Statistik über

## die Herkunft der deutschen Einfuhr

ist, wie eng die europäischen Staaten wirtschaftlich miteinander verbunden sind. Von 3000,8 Millionen Mark Einfuhr im ersten Halbjahr 1925 entfielen 1847 Millionen Mark auf die europäischen Länder, also mehr als die Hälfte, auf Amerika 929 Millionen Mark, der Rest auf die übrigen Erdteile. In den zehn wichtigsten Einfuhrländern stehen die Vereinigten Staaten von Amerika, die mit 23,1 Prozent an der deutschen Einfuhr vertreten sind. Dann folgt Großbritannien mit 8,9 Prozent. Die amerikanischen Einfuhr befinden sich für Rohstoffe und deren Produkte mit 22,7 Millionen Mark, und an den Einfuhr von Brotprodukten mit 20,1 und die Vereinigten Staaten mit 105,6 Millionen Mark. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind also somit einer unserer wichtigsten Rohstofflieferanten. Zugleichlich

## Deutschland als Abgeber von Getreide

am Weltmarkt auf. In England wird deutscher Weizen stark benötigt. Allerdings hat Deutschland mit einer starken Konkurrenz anderer Länder zu rechnen, denn auch Russland und Polen haben einen erheblichen Teil ihrer in diesem Jahre guten Ernteerträge auf dem Weltmarkt zu vermerken. Die Ursachen, die es in Ländern wünschenswert erscheinen lassen, möglichst bald Getreide auf dem Weltmarkt abzugeben, sind die gleichen wie in Deutschland; auch diese Länder haben einen sehr starken Bedarf. Die Ausfuhr von Getreide ist für Deutschland nicht ungewöhnlich. Dann folgt Großbritannien mit 10,9 Prozent. Die deutsche Getreideförderung ist jetzt verhältnismäßig billig nach dem Auslande wieder teurer zurückzuführen müssen. Durch das starke Getreideangebot an einem sehr starken Absatz des Weltmarktes gefüllt. Während noch am 7. August marktlicher Preis im Berlin 255 R. gestellt ist, ist der Preis bis zum 21. September auf 204 bis 210 R. gesunken. Die gute Ernte in diesem Jahr kann nichts daran ändern, daß immer noch unter Getreideförderung sehr groß bleibt und Deutschland unter allen anderen verfügen muß, die Ausfuhr von Industrieprodukten zu gestoppen, damit es die nötigen Mittel zur Bevölkerung der notwendigen Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen in die Hand bekommt. Die deutsche Ausfuhr wird aber dadurch erschwert, da sie arbeitet. Deswegen ist

## eine Sanierung unserer Industrie

sinnvoll, und unter dem Druck der Verhältnisse haben sich ja einige großen Unternehmungen vielfach genötigt gesehen, durch ihre Sanierungsmaßnahmen einzuleiten, so die großen Konzerne der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie. Die Leidtragenden jeder leider zunächst die Arbeiter. Die rheinisch-westfälische Industrie und besonders die Hüttenwerke haben, wie Dr. Weizmann in der Volksstimme Zeitung mitteilte, seit Eintritt der Stabilität ungefähr 70 000 Arbeiter entlassen. Um ihre Betriebsstellen zu vermehren, haben sie große Anteile aufgenommen, insgesamt 10 Millionen Dollar, davon 10 Millionen Dollar, Rheinland und Rhönix etwa 100 Millionen Mark. Die Kohlengemeinschaft ist die Einschränkungsquote der Belegschaften von 15 Prozent auf 30 Prozent heraufgesetzt. Aber diese Einschränkung genügt immer noch nicht, und im Ausland wird angeblich mit starken Verlusten verlaufen. Das Unternehmen, die Unternehmungen, zu einer einheitlichen Industrie zusammenzuführen, die durch starke Rationalisierung kostengünstiger werden soll. Dr. Weizmann sagt nach Begegnung im rheinisch-westfälischen Industriekreis, daß es noch nicht eine Sozialisierung auf dem Wege der Entwicklung der Wirtschaft der Grundstoffe zu erwarten gebe, den Boden der industriellen Weltwirtschaft zu nutzen und in die Form sozialer Verbundenseitigkeit einzutragen. Daraus entstehen dann für den Staat besondere Aufgaben, die natürlich auch unsere Meinung. Wenn sich so große Unternehmen zusammenholen, muß sich der Staat den notwendigen Aufwand auf ihr Geschäftsgeschehen sichern. Und unter Redbart und Polen unter der Entwicklung des Stoffs, leidet, haben andre Länder mit Schwierig-

keiten zu kämpfen, die sich aus dem Steigen ihrer Salute ergeben. In

## Dänemark

hat man die Arbeit verfolgt, die gesunkenen Krone allmählich wieder auf ihre Goldparität zu bringen, und man glaubt, dieses Ziel in einigen Jahren erreichen zu können, aber die Krone erwies sich als äußerst widerständig. Heute mit einer unerwarteten Schnelligkeit in die Höhe und erzielte dadurch mancherlei Verlegenheiten. Dänemark ist deshalb ein Land, das landwirtschaftliche Erzeugnisse in erheblicher Menge ausführt, nach einem Gutachten des dänischen Landwirtschaftsrates im Werte von 1 Millionen Pfund Sterling in der Woche. Daraus, daß der Pfund-Sterling-Kurs von 28,00 auf 19,80 zurückgegangen ist, ergaben sich für die Landwirtschaft große Verluste. Die Kosten der Landwirtschaft zeigten zum Teil gesunken, die Ausgaben für Gütermittel, Dungsmittel und Saatgut seien zwar vermindert, aber nicht die Ausgaben für Pflanzen, Steuern, Versicherung und Arbeitslöhne, so daß die Landwirtschaft mit großen Verlusten arbeitet. Nun wird es ja wahrscheinlich bei den dänischen Agrarien ebenso sein wie bei den deutschen, die ja jetzt die Reigung haben, ihre Lage schwärz in schwarze zu malen. Ammerhin zeigen die Verträge, daß eine schnelle Besserung der Währung für das geöffnete Land eine recht schwierige Operation sein kann. Auch die norwegische Krone ist fast erheblich gestiegen, und die Folge ist, daß sich in den Exportindustrien, besonders in der Papier- und Holzgewerbe sowie in der Konserverindustrie, Absatzstörungen sehr empfindlich bemerkbar machen. Man sieht aus alledem, daß sich auch in den neutralen Staaten die Nachwirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die einzelnen Staaten verschieden auswirken werden, und man muß nun aufsehen, wie er die erhaltenen Verträge nach Ausland überführt. Es ist möglich, daß er recht bald gezwungen wird, einen Teil dieser Gelder dem deutschen Geldmarkt zur Verfügung zu stellen, so daß er zu einem wichtigen Faktor auf dem Kapitalmarkt wird. Während bei uns ein Anstieg von weit über 10 Prozent geahnt werden muß, gilt in Amerika ein Anstieg von 5 bis 6 Prozent schon als sehr hoch. Als in Zukunft der Anstieg für tägliches Geld die Höhe von 5% Prozent erreicht hätte, so galt das dort schon als ein Melodram. Der Banken- und Kapitalmarkt in Amerika bestimmt nur 3% Prozent. Diesen Kapitalreichtum Amerikas ist es ja auch zu danken, daß

## Der Wirtswart im Kohlenhandel

wird immer größer. Eine ganze Reihe von Kohlenhändlervereinigungen haben gegen Kohlenhändler Lieferungssperren der Syndikate verwirkt, weil diese den Verbrauch die Akten billiger zur Verfügung stellen, als die Händler es vorschreiben. Darunter befinden sich auch Konsumgenossenschaften, deren Verträge in der Arbeitserstellung mehrere Artikel machen. Man sieht aus alledem, daß sich auch in den neutralen Staaten die Nachwirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die einzelnen Staaten verschieden auswirken werden, und man muß nun aufsehen, wie er die erhaltenen Verträge nach Ausland überführt. Es ist möglich, daß er recht bald gezwungen wird, einen Teil dieser Gelder dem deutschen Geldmarkt zur Verfügung zu stellen, so daß er zu einem wichtigen Faktor auf dem Kapitalmarkt wird. Während bei uns ein Anstieg von weit über 10 Prozent geahnt werden muß, gilt in Amerika ein Anstieg von 5 bis 6 Prozent schon als sehr hoch. Als in Zukunft der Anstieg für tägliches Geld die Höhe von 5% Prozent erreicht hätte, so galt das dort schon als ein Melodram. Der Banken- und Kapitalmarkt in Amerika bestimmt nur 3% Prozent. Diesen Kapitalreichtum Amerikas ist es ja auch zu danken, daß

## die Rentenbankanleihe

so großen Erfolg gehabt hat. Der Erfolg der Rentenbankanleihe wird vielleicht als ein Anzeichen für einen Wendepunkt in der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft gesehen. Man hofft, daß es auch bald gelingen wird, durch die Anleihe in Amerika unterzubringen. In einem Maße das möglich sein wird, wird zum guten Teil von der Entwicklung unserer Beziehungen abhängen. Auch hierzu wird es deshalb von Deutschland von großer Bedeutung sein, ob der Sicherheitspost zustande kommt. Haben wir in den nächsten Monaten einen starken Kapitalauflauf nach Deutschland, so wird es wohl auch bei unserer positiven Handelsbilanz zu befürchten sein, daß die Frage immer noch nicht, ob der Einfuhrüberschuss wirklich so groß ist, wie das nach den Ausschreibungen des Statistischen Reichsamtes aussteht, womit man zweifellos behauptet werden soll, daß das Statistische Amt die Bezeichnung der Statistik irgendwie falsch macht; die tatsächliche Wahrheit steht daher dar, daß das dem Statistischen Amt keine Material unzureichend ist. Eine Statistik über

## die Herkunft der deutschen Einfuhr

ist, wie eng die europäischen Staaten wirtschaftlich miteinander verbunden sind. Von 3000,8 Millionen Mark Einfuhr im ersten Halbjahr 1925 entfielen 1847 Millionen Mark auf die europäischen Länder, also mehr als die Hälfte, auf Amerika 929 Millionen Mark, der Rest auf die übrigen Erdteile. In den zehn wichtigsten Einfuhrländern stehen die Vereinigten Staaten von Amerika, die mit 23,1 Prozent an der deutschen Einfuhr vertreten sind. Dann folgt Großbritannien mit 8,9 Prozent. Die amerikanischen Einfuhr befinden sich für Rohstoffe und deren Produkte mit 22,7 Millionen Mark, und an den Einfuhr von Brotprodukten mit 20,1 und die Vereinigten Staaten mit 105,6 Millionen Mark. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind also somit einer unserer wichtigsten Rohstofflieferanten. Zugleichlich

## Deutschland als Abgeber von Getreide

ist, wie eng die europäischen Staaten wirtschaftlich miteinander verbunden sind. Von 3000,8 Millionen Mark Einfuhr im ersten Halbjahr 1925 entfielen 1847 Millionen Mark auf die europäischen Länder, also mehr als die Hälfte, auf Amerika 929 Millionen Mark, der Rest auf die übrigen Erdteile. In den zehn wichtigsten Einfuhrländern stehen die Vereinigten Staaten von Amerika, die mit 23,1 Prozent an der deutschen Einfuhr vertreten sind. Dann folgt Großbritannien mit 8,9 Prozent. Die amerikanischen Einfuhr befinden sich für Rohstoffe und deren Produkte mit 22,7 Millionen Mark, und an den Einfuhr von Brotprodukten mit 20,1 und die Vereinigten Staaten mit 105,6 Millionen Mark. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind also somit einer unserer wichtigsten Rohstofflieferanten. Zugleichlich

## Ein unbefriedigender Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung

Im Reichsarbeitsblatt vom 8. September d. J. ist der neue Entwurf eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung veröffentlicht. Der Entwurf hat das Reichsgebiet passiert und liegt zur Zeit dem Reichstag und dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat vor. Das Abstimmung zwischen Fürsorge und Versicherung, das bisher Schutz gegen Arbeitslosigkeit bieten sollte, war schon seit längerer Zeit Gegenstand schwerer Streit. Es mußte Klärung gegeben werden, ob Fürsorge, die nur aus öffentlichen Mitteln geleistet wird, oder Versicherung, die sich neben einem Budget aus öffentlichen Mitteln auf Beiträge stützt. Mit dem vorliegenden Entwurf, der eine Umarbeitung des vorhergehenden Gesetzentwurfs für eine vorläufige Arbeitslosenversicherung aus dem Jahre 1922 darstellt, ist der Weg zu einer gerechten Arbeitslosenversicherung beschritten worden. Der Entwurf gliedert sich in 10 Abschnitte, die die Organisation der Versicherung, die Versicherungspflicht, Versicherungsleistung (Arbeitslosenunterstützung, Verpflegung für den Krankheitsfall), Unterstützungsverfahren, Maßnahmen zur Beruhigung und Beendigung der Arbeitslosigkeit, die Prüfung der Mittelaufbringung, besondere Versicherung für Seelen, freiwillige Weiterversicherung und eine Reihe von Straf- und Übergangsbestimmungen behandeln.

Bei der wichtigsten Frage der Versicherungspflicht haben bisher immer die Gewerkschaften verlangt, den Kreis der Versicherten so weit wie möglich zu ziehen. Die Bewegung des Arbeitsmarktes ist ein Resultat der Gesamtwirtschaft des Landes, deshalb müssen auch alle Glieder gemeinsam die Kosten zur Stützung der Opfer dieser Wirtschaft, d. h. der Arbeitslosen, auf sich nehmen. Es geht nicht an, daß einzelne Berufe sich dieser Pflicht entziehen. Deutlicherweise bringt auch der neue Gesetzentwurf eine Einigung der Landesversicherungen, die höherbezahlten Angestellten von der Versicherungspflicht, die sich an die Krankenversicherungspflicht anschließt, ausgenommen, obwohl die Angestelltenverbände, besonders der AfA-Bund, das stets fordert haben. Nur bei der Einziehung der städtischen Haushalte zeigt der Entwurf Engekommen.

Die Leistungen der Versicherung sind wie bisher grundsätzlich Arbeitslosenunterstützung und Verpflegung im Krankheitsfall. Nur ist, daß sich die Höhe der Unterstützung nach dem Arbeitszeitgehalt bestimmt, während bisher hierfür eine Reihe von anderen Gesichtspunkten, wie z. B. Alter, Wirtschaftsschiebel und berufliches Maßnahmevermögen, in Betracht gezogen wurden.

In jeder Lohnklasse wird der Betrag der Unterstützung einheitlich in jedem Lohngehalt zugrunde gelegt. Der Einheitslohn beträgt:

in Klasse 1	10 R.
in Klasse 2	15 R.
in Klasse 3	25 R.
in Klasse 4	35 R.
in Klasse 5	40 R.

Für die Zugehörigkeit des Arbeitslosen zu der einzelnen Lohnklasse ist das Arbeitszeitgehalt maßgebend, das er in den letzten drei Monaten seiner Arbeitsfähigkeit vor der Arbeitslosenmeldung die längste Zeit hindurch bezogen hat. Soweit er in dieser Zeit infolge Arbeitsmangels die längste Zeit der Arbeitslosenzeit nicht gehabt hat, ist die Arbeitslosenunterstützung für die Zeit der Arbeitslosigkeit, die in jener Arbeitsstätte übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht erreicht hat und deshalb Arbeitslosungen unterworfen war, ist das Arbeitszeitgehalt zugrunde zu legen, das er ohne Förderung der Arbeitszeit bezogen hätte. ist die Hauptunterstützung beträgt 10 v. H. des Einheitslohns. Als Arbeitszeitgehalt werden für jeden aufzuhaltenden Angestellten 5 v. H. des Einheitslohns gewählt. Einflußnahme der Arbeitszeitgehalt darf die Arbeitslosenunterstützung jedoch in keinem Falle 5 v. H. des Einheitslohns übersteigen. Diese 5 v. H. des Einheitslohns wären also die Unterstützung für einen Arbeiter mit Frau und zwei Kindern. Die Unterstützung wird nach Ablauf von sieben Tagen seit dem Tage der Arbeitslosenmeldung gehabt, das er ohne Förderung der Arbeitszeit bezogen hätte. Die Prüfung der Arbeitszeitgehalt ist die Zeit bis auf drei Tage abzüglich werden.

Außerdemlich bedecktlich ist der § 50 des Erneuerung, der folgende Fassung hat: „Wer seine Beschäftigung als Arbeitnehmer aufgegeben oder verloren hat, ist nicht arbeitslos, solange er den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbstständige Arbeit, insbesondere als Landwirt (Eigentümer oder Pächter) oder Gewerbetreibende erwirtschaftet, oder durch Bearbeitung vorhandenen Grundbesitzes oder Vermietung eines vorhandenen Betriebes erwerben kann. Nicht arbeitslos ist auch der Eigentümer oder der Abkömmling einer solchen Person, der den gemeinsamen Lebensunterhalt in der höchsten Gemeinschaft mit ihr erwirtschaftet oder erwerben kann.“ Das gleiche gilt vom § 52 des Erneuerung, der lautet: „Arbeitslose, deren Arbeitszeitgehalt durch Ausland oder Auswanderung ganz überwiegend verhindert ist, erhalten während des Auslands oder der Auswanderung keine Arbeitslosenunterstützung.“ Bekanntlich gibt es außerdemlich die mittleren durch Ausperrung herverhinderten Arbeitslosen, die weiterhin durch Ausperrung keinen Nutzen haben kann. Ebenso unannehmbar ist der § 56, der befreit für die Zeiten großer Arbeitslosigkeit von Bedeutung ist. Er besagt: „Hat das Reich auf Grund des § 127 dieses Gesetzes Dörfer zugunsten der Arbeitslosenversicherung gegeben, so kann der Ausbau der Reichsautonomie die Arbeitslosenunterstützung ganz oder teilweise auf solche Arbeitslose beschränken, die hauptsächlich in der Siedlung oder im Sinne der Vorschriften über die öffentliche Fürsorge sind. Die Reichsregierung kann die Vergabe solcher Dörfern an die Bedingung knüpfen, daß der Kostenaufwand eine Verkürzung dieser Art angedeutet wird. Die Vergabe ist aufzuhören, sobald keine Dörferbedarfe mehr verhindert werden können.“ Hier hat sich der Einfluß des Reichsfinanzministeriums geltend gemacht. Man schmuggelt auf Umwegen den Begriff der Bedürftigkeit, der man zunächst fallen ließ, hinterher wieder ein und nimmt den Arbeitslosenunterstützung gerade für die großen Städte, in denen sie doch ihre ganze Kraft entfalten soll, ihren eigentlichen Zweck, und wie die Ausperrung der Mittel gebraucht ist. Sie sollen durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht werden; von einem Beitrag der Gemeinden oder des Staates wie in andern Ländern ist keine Rede.

Wie man sieht, steht man beim ersten Blick in dem Gesetzentwurf, der an manchen Stellen den Forderungen der Gewerkschaften bis zu einem gewissen Grade Rechnung trug, auf viele deutliche Punkte. Der neue Entwurf, von dem für das Leben der Arbeiterschaft gerade in den Zeiten der Not so viel abhängt, muss sehr genau durchgeprüft werden, damit bei den Bevölkerungen im Reichstag ein wirklich brauchbares Arbeitslosenversicherungsgesetz herauskommt.

## Bemischtes

### Forschungen mit der Taucherglocke

Die Hartmann-Egypedition, die mit Hilfe einer neuartigen Taucherglocke die in einer Tiefe von 5000 Meter liegenden Riffe einer verlassenen antiken Stadt erforschen will, ist in Neapel eingetroffen. Die Taucherarbeiten gelten zunächst der verlassenen Stadt Pompeji, die man im nicht allzu großen Bereich vermutet, ferner sollen sich die Nachforschungen abseits davon auf Taormina ausdehnen. Dr. Hans Hartmann in Neapel hat erklärt, daß er den Tauchapparat, an dem er seit 20 Jahren arbeitet, nun so weit vollendet habe, daß selbst die größten Riffe erfaßt werden können. Er wird für seine Forschungen bei Neapel von sieben Assistenten unterstützt. Der große Stahlkörper, ein Hauptbestandteil des neuen Apparates, ist von Krupp, Essen, hergestellt.

### Fang eines Riesenhai

Der Fischermeister „Will Baerber“ sandte dem Stuttgarter Markt ein feines Riesenexemplar aus der Familie des Herrn Baerber, das in den südlichen Gewässern am 10. September gefangen wurde. Unter großen Schwierigkeiten wurde das Tier an Deck gebracht, geschlachtet und ausgenommen. Die Leber wagte 1500 Pfund. Das Gesamtgewicht beträgt 9000 bis 10000 Pfund. Die Länge beträgt 8,63 Meter, der Durchmesser des Kopfes 1,36 Meter, die Länge der Rückenflosse 1,19 Meter und die Länge der Schwanzflosse 1,62 Meter. Es handelt sich, wie die Staatsliche Fischereidirektion mitteilt, ancheinend um eines der größten Exemplare, die jemals beobachtet und gefangen wurden. Taucher beschäftigen im Laufe des gestrigen Tages den Riesen in der Augsburgschen Fischschule. Die Firma Wachtendorf erwährt den Riesen in der Auction zu Ausstellungszwecken für

## Ein neuer Pressebeleidigungsprozeß

Genosse Wedel gegen die Leipziger Neuesten Nachrichten

Vor einiger Zeit berichteten wir über eine Privatklage, die Genosse Lehrer Kurt Wedel gegen den verantwortlichen Schriftleiter des Zwickauer Tagblattes, Ulrich Simon, erhoben hatte. Deren Ursache war die Veröffentlichung des bekannten, von der Dresdner Telegraphenunion verbreiteten Weltkriegs-Briefes. Simon wurde wegen öffentlicher Beleidigung zu 30 Mark Strafe verurteilt. Jener Pressebeleidigungsprozeß hat sich nun ein nächster angekündigt, den Genosse Wedel gegen den verantwortlichen Schriftleiter für Politik in den Leipziger Neuesten Nachrichten, Dr. Curtius Arno Günther, führt.

Die L. N. R. hatten dem am 25. April d. J. erfolgten Abdruck des sogenannten Weltkriegs-Briefes eine Einleitung vorausgesetzt, die sich folgendermaßen vernehmen ließ: „Unser Dresdner Schriftleiter (?) Reb. d. V.) schreibt uns: Meine den Industriellen Abgeordneten Arzt, Fleischhauer und Mente ist der Genosse Lehrer Wedel ungefähr der schlimmste Antichrist im sozialistischen Lager. Diesem Herrn Abgeordneten Wedel ist nun ein Malheur passiert, das weitesten Kreisen mitgeteilt zu werden verdient...“ Bei dem bekannten Charakter der L. N. R. war es nicht verwunderlich, daß sie die vermeintliche Begierde, dem gehätschten Sozialdemokraten eins auszuwischen, weißlich auswürgte. Und so pöbelte sie denn in ihrem Leitartikel vom 26. April den Genossen Wedel in folgender Weise an: „Und wer sind die Leute, um deren Stimmen der gläubige Zentrumsmann Marx (der Kandidat zur Präsidentenwahl, Red. d. V.) wirkt? Männer, wie der sächsische Abgeordnete Wedel, der aus der Kirche austritt, als Parteimann öffentlich zum Austritt aus der Kirche auffordert, dann selbst wieder eintritt, um sein Kind taufen lassen zu können, und hinterher wieder neue seinen Austritt aus der Kirche vollzieht.“ Kurzweil. Herr Marx trieb die Täublung, die er für jedes religiöse Bekennnis fordert, ein wenig weit, wenn er für Geisseln und Klauen dieser Art das Licht seines Christentums unter den Scheitel stellt.“ Dies schrieben dieselben L. N. R. die zur Zeit der Revolution ihre eigene Gesinnung einer harten Wandlung unterzozen!

Der Termin in der Klage gegen Dr. Günther stand am Dienstag vor dem Dresdner Amtsgericht unter Vorfall von Professor Dr. Voigt an. Der Angeklagte, vom Erledigen entbunden, ließ sich durch Rechtsanwalt Dr. Fleischhauer vertreten. Dem Privatkläger Wedel stand Rechtsanwalt Dr. Lempe zur Seite. Zeugen waren nicht geladen. Ein zu Beginn der Verhandlung vom Amtsrichter vorgezählter Vergleich wurde von der Klagenben Partei zurückgewiesen. Die Verhandlung selbst übte im allgemeinen der fürstlich gegen Ulrich Simon aus. Es wurden Schriftsätze und Aussagen des kommunistisch verkommenen Angeklagten verlesen, aus denen hervorging, daß Dr. Günther keinen Ansatz gehabt haben will, an der Echtheit des von der Teilunion gesonderten (also nicht von der „Dresdner Schriftleitung“ der L. N. R. stammenden) Weltkriegs-Briefes zu zweifeln. Der Kläger-Verteilter wollte wissen, ob Wedel auch gegen Weltkriegs-Briefe erhoben hätte. Dr. Fleischhauer nahm nämlich den merkwürdigen Standpunkt ein, daß das Richterheben einer Klage gegen beide darauf schließen lassen könnte, daß den Kern der gegen Günther gerichteten Klage nicht das verlebte Erbgut Wedels, sondern die politische Gegnerlichkeit des Beflagten bilde. Der Anwalt wollte aus dieser seltsamen Auffassung, nach der es also weniger auf die Beleidigung als vielmehr auf die Art der subjektiven Empfindung, die sie bei dem Beflagten auslöste, ankommen würde, eine milde Urteilung des Falles herleiten wollen.

Dr. Lempe stellte den Fragen schließlich darüber auf, daß das Auftauchen des von der Teilunion verbreiteten Briefes sich in einem besonderen Strafverfahren erütteln würde, die Verbreiter aber wahrscheinlich am besten wüssten, wer jenen Brief verfaßt habe. Der Amtsrichter wiederum verzichtete, daß das Auftauchen des Nachricht für das Strafmaß nicht entscheidend sein könne, weil ja der Angeklagte bei der Wiederaufnahme die näheren Umstände des Entstehens des Briefes gar nicht gekannt habe. Professor Dr. Voigt lehnte aus solchen Erwägungen heraus auch die Beweisanträge Dr. Fleischhauers ab.

Es wurde darauf noch eine nachträglich in den L. N. R. erschienene Nichtstellung verlesen, und dann begründete Dr. Lempe die Klage, wobei er auch ein Beispiel für die geschilderte Art des von den L. N. R. beliebten politischen Kampfes, der wieder Mal noch Ziel seien, anführte und die Beleidigungen gegenüber dem Genossen Wedel brandmarkte. Der Verleidiger machte insbesondere geltend, daß seine Möglichkeit einer sofortigen Nachprüfung der Teilunionmeldung bestanden hätte. Er erwähnte aber nicht, daß die gleiche Zeitung hätte sich die Meinung auf irgendwelchen Abgeordneten aus dem eigenen Lager bezogen, Sicherlich die allergrößte Zurückhaltung geübt haben würde!

Dr. Günther wurde schließlich wegen öffentlicher Beleidigung in zwei Fällen zu 150 Mark Strafe oder 15 Tagen Gefängnis verurteilt. Er hat auch die dem Privatkläger entstandenen Kosten zu tragen. Das Urteil muß in den Leipziger Neuesten Nachrichten publiziert werden. Als strafbarhändig hat geprüft, daß die von der Teilunion verbreitete Notiz durch besondere Ergänzungen noch erweitert worden ist.

## Aus aller Welt

### Streifzüge in das Reich des Fliegens

Der Todesturm der Bagdadflieger

Der französische Flieger Cocteau, der Überlebende der im Höllental abgeurteilten Bagdadflieger, berichtet ausführlich über den Verlauf des Fluges. Die Flieger hatten die Absicht, ihre Reise über die Schweiz fortzusetzen. Am Elsass herreiste jedoch so starker Nebel, daß sie beschlossen, über den Schwarzwald durch das Höllental hindurch bis zur Donau zu fliegen. Über Freiburg lag der Nebel so tief, daß sie bis auf hundert Meter herabsteigen mußten. Dann flogen sie ins Höllental. Dieses Tal ist querfeldein breit, aber hinter Kirchzarten steigen die Berge steil und eng an. Je weiter die Flieger in das Tal hineinkamen, um so steiler wurden die Berge, teilweise war es so eng, daß es unmöglich gewesen wäre, zu wenden, und da Thieren die ganze Motorkraft brauchte, um in die Höhe zu kommen, öffnete er den Gashebel. Sie flogen jetzt 50 Meter über der Talsohle. In diesem Augenblick machte das Tal eine scharfe Biegung, die sie zwar noch gewinnen konnten, jedoch nur mit Verlust an so viel Höhe, daß sie die höchsten Berge streiften. Hierdurch ereignete sich die Katastrophe, der das Flugzeug brennend zum Opfer fiel.

Bei den Versuchen, mit einem amerikanischen Curtiss-Wasserflugzeug, das demnächst an dem Rennen in Baltimore teilnehmen soll, wurde mit dem Wind eine Stunde Geschwindigkeit von 802, gegen den Wind eine Stunde von 288 englischen Meilen erzielt. Dieser neue Eindecker wird eine Ausdehnung der Flügel von 22 Fuß, eine Länge von 20 Fuß und eine Höhe von 4,5 Fuß aufweisen. Das Gewicht des Flugzeuges wird 2200 Pfund, einschließlich Flugzeugführer und Betriebsstoff, betragen.



Den mangelnden Geist verdeckt ganz enorm  
Die blinrende Friedensuniform.  
Unter den Augen rechts! Heraus aus dem Grab!  
Gehetz nimmt die Parade ab.

Der amerikanische Fliegerleutnant William hat mit einem Curtiss-Flugapparat einen neuen Schnelligkeitsrekord aufgestellt, indem er eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 466 Kilometer in der Stunde erreichte.

In England ist nun auch der Fliegerberuf den Frauen freigegeben worden. Das Luftfahrt-Ministerium hat bereits einen Club ins Leben gerufen, in dem mit weiblichen Mitgliedern der Plan einer Leicht-Flugzeug-Organisation für London vorbereitungsweise ausgearbeitet werden soll. Der Club zählt bis jetzt schon viele weibliche Mitglieder. Für jede Fliegerin, die sich ihr Zertifikat als Flugführerin holt, wird vom Club eine Summe von 10 Pfund beigegeben.

Daily Telegraph meldet aus Kalkutta, daß der Finanzausschuß der gesetzgebenden Versammlung die Summe von 90 000 Rupee für den Ankauf von Land bei Karachi bewilligt hat, wo eine Luftfahrtbasis für den Luftdienst Englands - Indien errichtet werden soll.

### Ein grauenhaftes Unglück

Ein in der Geschichte der Automobilfahrt noch nicht dagewesener Unfall hat sich nachts in der Nähe von London ereignet. Ein bekannter Berufsfußballspieler fuhr mit seinem Wagen von einer längeren Fahrt heim. In einer Vorstadt kreuzte eine Anzahl Knaben direkt vor dem heranbrauenden Automobil die Straße. Sie hoben auseinander und verschafften unversehrt die andre Straßenseite. Der Wagen raste in die Kerne. Erst hinterher stellte man fest, daß ein Knabe verschwunden war. Da man ihn nirgends aufzufinden konnte, lief man zurück und entdeckte an der Stelle, wo

ein erschütterndes Unglück ereignete sich im Haus der Bergarbeiterfamilie Hanemann in Gidea Park. Der 15jährige Sohn Willi gewackelt in der Tasche des zu Bettstellenden älteren Bruders ein Terzerol. Er nahm es an sich, um es in der nächsten Versuchsaufprobierung auszuprobieren. Dabei ging die Waffe los und verletzte den jungen Bruder durch einen Schuß in die Lunge unglücklich, daß sie kurze Zeit darauf verstarb.

die Knaben den Raum überschritten hatten, eine Blutspur, die auch sehr bald einen entsetzlichen Unfall aufdeckte. Die Polizei ließ der Spur nach, die sich über sechs englische Meilen erstreckte und in die Automobilgarage eines Fußballspielers führte. Sie holten den Besitzer des Wagens, der längst schlafen gegangen war, aus dem Bett und ließen die Garage öffnen. Was man zunächst fand, waren Kleider, die sich um die Bordwände des Wagens gewickelt hatten. Die nähere Untersuchung ergab, daß der Körper eines Knaben, durchaus zugedeckt, zwischen den Teilen der Karosserie eingeschlossen hing. Die Leiche wurde beschlagnahmt und der Automobilfahrer in Untersuchungshaft genommen. Er streitet, daß er gewesen sei, und entfinit sich seiner Erfüllung, die er auf die Hintertür seines Wagens an der Unfallstelle. Er sei in den guten Glauben weitergefahren, daß Unglück noch einmal vermieden zu haben.

### Tragödien des Lebens

#### Winter und Kind übersahen

Auf dem Bahnhof zu Güsten ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Frau Mai, die ihrem Mann das Mittagessen gebracht hatte, muhte auf dem Rücken mit ihren beiden Kindern die Gleise überschreiten. Der eine Knabe von vier Jahren war vorausgelaufen und im Begriff, die Gleise zu überschreiten, als ein Schnellzug näherte. Um ihr Kind zu retten, ließ Frau Mai nach. In diesem Augenblick hatte jedoch die Lokomotive den Knaben erreicht und beide, Mutter und Kind wurden zur Seite geschleudert. Sie erlitten so schwere Kopfverletzungen, daß sie bald darauf starben. Der Ehemann war Zeuge des Unglücks.

### Der Vater und Mann ermordet

Blättermeldungen zufolge wurde im Kreise Matthes, 57 Jahre alte Bauer Matthes von seinem Sohn in Geweinde mit seiner Mutter ermordet. Man glaubte zunächst an einen natürlichen Tod. Ein Landjäger stellte kurz vor der Beerdigung Ermittlungen an, die zur Aufzündung der Wodewerkzeuge und zur Entfernung der Täter führten.

### Furcht vor der Operation

Der 58 Jahre alte Kunstmaler Fritz Goede aus Westerhof, Preußenring 19, sollte sich in einer Klinik einer schwere Magenoperation unterziehen. Aus Furcht vor dem chirurgischen Eingriff griff er zum Revolver und brachte sich einen tödlichen Schuß bei.

### Die eigene Frau erstickt

Aus Reichenberg in Böhmen wird gemeldet, daß ein 32-jähriger Eidergehilfe infolge durchdrückter Hustenattacken ein hochgradiges Lungenemphysem ergriff und damit seine 28-jährige Frau tötete. Sodann verschloß er die Wohnung und verließ das Haus. Man hat vorläufig noch keine Spur von ihm entdecken können. Man glaubt, daß er Selbstmord begangen hat.

### Die Mutter getötet

Ein erschütterndes Unglück ereignete sich im Hause der Bergarbeiterfamilie Hanemann in Gidea Park. Der 15jährige Sohn Willi gewackelt in der Tasche des zu Bettstellenden älteren Bruders ein Terzerol. Er nahm es an sich, um es in der nächsten Versuchsaufprobierung auszuprobieren. Dabei ging die Waffe los und verletzte den jungen Bruder durch einen Schuß in die Lunge unglücklich, daß sie kurze Zeit darauf verstarb.

### Warnung.

In letzter Zeit vermehren sich die Fälle, daß holländische Blumenzweiebeln in Sortimenten zu Schleuderpreisen angeboten werden. Es handelt sich dabei immer um Firmen, die auf dauernde Kundenschaft keinen Wert legen. Die angebotene Zahl von Blumenzweiebeln kann von einer reellen Firma zu dem geforderten Preise in guter Qualität nicht geliefert werden. Diese Firmen kaufen in Holland die als unverkäuflich aussortierte Ware auf und versuchen sie zu auffällig niedrigem Preise, der dafür aber immer noch viel zu hoch ist, an Leichtgläubige und Unerfahrene abzusetzen. Die Vereinigung der Dresdner Samen- u. Blumenzweiebelhandlungen.

### + Damen + Leuben.

empf. Spül-Upparate, Spülkannen, Schüssel, Geschirr, sowie sämtliche holländische Frauenschiffchen u. wenn auch verstreut, wohl an Spezialgeschäften. Überhaupt „Dresden“! Freiberger Platz 8. Preis. Sonderabhandlung. (Man sieht auf Firma.)

### Dobritz.

Bestellungen auf die Dresden Volkszeitung sowie auf sämtliche Literatur und Alteisen. Paul Barthel, Dobritzer Str. 12. II.

### Laubegast.

Bestellungen auf die Dresden Volkszeitung sowie auf sämtliche Literatur und Alteisen. Alfred Freher, Laubegast, Bismarckstr. 1.

### Briesnitz.

Bestellungen auf die Dresden Volkszeitung sowie auf sämtliche Literatur und Alteisen. Ernst Melde, Briesnitz.

Zum 400jährigen Gedenken des Bauernkrieges

Zimmermann: Großer deutscher Bauernkrieg gebunden 5,00

Baumgartner: Der große Bauernkrieg gebunden 4,80

Florian Geyer. Lebens- und Charakterbild aus dem großen Bauernkrieg. Von Wilh. Blos gebunden 2,30, brosch. 1,10

Der Bauernkrieg in zeitgenössischen Schriftdarstellungen gebunden 0,90

Der deutsche Bauernkrieg. Zeitbilder von Herm. Drechsler gebunden 0,50

Thomas Müntzer. Zum 400. Todestag 1525. 27. Mai, 1925. Von Dr. A. Siemsen, Jena. 0,80

Volkbuchhandlung Wettinerplatz 10 und Filialen:

Noustadt: Albertplatz 10. Johaanstadt: Gereonstraße 57. Striesen: Schandauer Str. 9b u. 73.

Löbau: Kesselsdorfer Straße 19.

## Geschäftsbücher Kassa- und Hauptbücher Mehrspalten- Bücher

mit 3, 4, 5, 6, 8 und 12 Spalten

## Amerik. Journale

mit 6, 7, 8, 9, 10 bis 16 Spalten

## Kallabuch, Perfekt

das beste Kassabuch für schnelle und maschinelles Aufstellen der Steuererklärung

## Lieferscheinbücher

auch zum Durchschreiben

100 150 200 Blatt

Stock 60, 85,- 1.10

## Bestellzettelbücher

auch zum Durchschreiben

100 150 200 Blatt

Stock 60, 85,- 1.10

Reise-

## Durchschreibebücher

Original mit 1 und 2 Kop.

Stock 35, 45, 50, 55, 60 und 80,-

In Quart und Folio

mit Stahlplatte, Stock 15,- Ditz. 1,50

## Karten-Regristratur-Möbel

in Eiche. In einfacher, doppelter und vierfacher Kastenansammlung und größeres Leit- und Merkblätter, Kartenreiter

## J. Bargou Söhne

Wilsdruffer Straße 54

am Postplatz

II-107

**Fluß- und Seefische \* Dresdner Fischhallen 2.-6. Webergasse Ecke Quergasse Telefon 21034 und 257**



